

## **INFOPERU Nr. 55**

**Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.**

**14.03.2018**

### **Inhaltsverzeichnis:**

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. [Köln, 27. – 29. April: Peru-Seminar „Indigene Rechte“|outline](#)
3. [„Wir müssen aufhören, im Namen der Betroffenen zu reden“ \(César Bazán\)](#)
4. [Wer ist in Peru „indigen“ ? \(Flurina Doppler\)](#)
5. [„Gemeindeentscheidungen werden von Männern getroffen“ \(Lili Essenwanger\)](#)
6. [„Wir Latina-Mütter übernehmen eine Brückenfunktion“ \(Kerstin Kastenholz\)](#)
7. [Mit langem Atem. 40 Jahre Peru-Solidarität \(Trudi Schulze\)](#)
8. [Unter Beobachtung: 5 Jahre Freihandelsvertrag Peru mit der EU \(Jimi Merk\)](#)
9. [Die Linke in Peru \(Andreas Baumgart\)](#)
10. [Venezolanische Flüchtlinge in Peru \(Heinz Schulze /H. Willer\)](#)
11. [Hohe Gewaltziffer gegen Frauen und Mädchen \(H. Schulze\)](#)
12. [Erster Gerichtshof für Umweltstraftaten \(H. Schulze\)](#)
13. [700 Patente auf überliefertes Wissen erteilt \(H. Schulze\)](#)
14. [#Veranstaltungen](#)

2018

## 1. Editorial InfoPeru No 55

*Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,*

„Serrano“ (Bergler), „Provinciano“ (Provinzler), „Campesino“ (Bauer) oder das unübersetzbare „Cholo“ – all dies sind Begriffe, mit denen Peruaner jemanden bezeichnen, der irgendwie „indianisch“ aussieht. Der Begriff „Indio“ ist zwar in Peru aufgrund der Kolonialgeschichte zu Recht verpönt – eine neue Sprache macht aber noch keine neue Realität. Zwar nennt man die „Indianer“ nicht mehr „indio“, aber behandelt wird der grosse indigene Anteil der Bevölkerung Perus immer noch als 2.- oder sogar 3. Klasse-Menschen.

Noch verwirrender wird die Sache, wenn man das gestiegene Selbstbewusstsein und die wichtige Rolle der Amazonas-Indigenen dazu nimmt: sie waren weniger von der Kolonialgeschichte betroffen, haben ihre Kulturen unverfänglicher bewahrt, stehen aber heute unter grossem Druck wegen der immer wichtiger werdenden Bedeutung des Amazonas-Regenwaldes.

Zugleich gibt es internationale Abkommen, die die Rechte von Indigenen besonders schützen – allerdings oft nur auf dem Papier, und nicht in der peruanischen Realität, welche ja vor allem Auslandsinvestitionen zum Wirtschaftswachstum des Landes anlocken will.

Um all diese Themen wird es beim nächsten Peru-Seminar der Infostelle Peru vom 27. bis 29. April in Köln gehen. In diesem InfoPeru finden Sie bereits mehrere Hintergrundberichte in Vorbereitung auf dieses Seminar: je ein Interview mit dem Juristen Juan Carlos Ruiz und der Menschenrechtsaktivistin Rocío Silva Santisteban, sowie einen Grundlagenartikel der Ethnologin Flurina Doppler, wer in Peru heute eigentlich „indigen“ ist.

Einladen möchte ich Sie auch, mit uns zu überlegen, wie heute Solidaritätsarbeit zwischen Peru und Deutschland aussehen soll. Trudi Schulze beleuchtet in ihrem Artikel 40 Jahre Peru-Solidarität; der Blick auf die Geschichte soll uns Anregungen geben, wie es weiter gehen kann. Bitte benutzen Sie die Kommentarfunktion, um diesen oder auch andere Artikel zu kommentieren.

Währenddessen bleibt die politische Lage in Peru angespannt: im Parlament haben 30 Abgeordnete ein neues Absetzungsverfahren gegen Präsident Kuczynski in Gang gesetzt; im Odebrecht-Skandal zeigt sich immer klarer, dass alle peruanischen Parteien und Politiker Geld vom brasilianischen Baukonzern angenommen haben; und alle warten gespannt auf das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofes über die Recht- oder Unrechtmässigkeit der Begnadigung von Alberto Fujimori.

*Hildegard Willer*

2018

## **2. Köln, 27. – 29. April: Peru-Seminar „Indigene Rechte“**

Freitag, 27. – Sonntag, 29. April 2018

Peru-Seminar „Gesetzlich garantiert, in Wirklichkeit missachtet: Indigene Rechte in Peru“

Tagungshaus St. Georg, Rolandstr. 61, Köln

Die Lebensgrundlagen und die Kultur der indigenen Bevölkerung Perus sind vielfach bedroht. Ihre gesetzlich „garantierten“ Rechte werden ständig missachtet.

Im amazonischen Regenwald führen die Gewinnung von Öl und Gold zur Verschmutzung des Wassers und der Böden. Durch Kakao- und Ölpalm-Monokulturen wird der Regenwald zerstört, die eingesetzten Agrarchemikalien vergiften Wasser und Böden. Die indigene Bevölkerung wird vertrieben, die Zerstörung ihres Lebensraums zwingt sie zu Abwanderung. Im Hochland sind es zahlreiche Minen-Projekte, die Anbauflächen der Kleinbauern und Siedlungsgebiete bedrohen. Durch den Abbau der Mineralien werden giftige Substanzen freigesetzt (Zyanid beim Goldabbau, Blei...), die das Wasser, die Böden und dadurch die Tiere und Menschen vergiften.

Internationale Abkommen wie die –auch von Peru unterzeichnete- ILO-Konvention 169 und nationale Gesetze verpflichten die peruanische Regierung, die indigene Bevölkerung über Minen-, Öl- und andere Projekte auf ihrem Territorium zu informieren und ihre Zustimmung einzuholen. Dieses Recht wird oft verletzt, die Regierung erteilt oft Konzessionen ohne vorherige Anhörung der betroffenen Gemeinden.

Kritik an und Widerstand gegen solche Projekte wird oft kriminalisiert: Die Protestierenden werden als „Terroristen“ beschimpft, der Staat setzt Polizei und Militär gegen sie ein und stellt sie vor Gericht.

Was haben wir mit dieser Situation zu tun? Und was können wir von hier aus dazu beitragen, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung beachtet und ihre Lebensgrundlagen erhalten werden?

Wir laden Sie und Euch zu Diskussion und Meinungsaustausch herzlich ein!

Programm

Freitagabend, 27. April 2018

18.00h Anreise

18.30h Abendessen

19.30h Begrüßung Vorstellungsrunde Erläuterung des Programms, Organisatorisches

20.30h „Politische Situation in Peru und Politik der Regierung“ Skype-Konferenz mit Giancarlo

## 2018

Castiglione (Forum Solidaridad Peru, Lima-Peru)

Samstag, 28. April 2018

08.00h Frühstück 09.00h „Indigene Rechte: die rechtliche und die tatsächliche Situation in Peru“

Referentin: Rocio Meza (Instituto de Defensa Legal – IDL, Lima-Peru)- angefragt

10.45h „Man hat uns nicht gefragt: Abbau von Bodenschätzen – Beispiele für den Umgang mit den Rechten der indigenen Bevölkerung“ Referent: Julio Cusurichi Palacios, Präsident Federación Nativa del Rio Madre de Dios y Afluentes FENAMAD (Puerto Maldonado-Peru)

12.30h Mittagessen

14.00h „Deutschland und indigene Rechte“: Anerkennung indigener Rechte, Entwicklungsprojekte, Banken-Kredite... Podiumsgespräch mit Vertreter\*innen von Germanwatch, Gegenströmung und Informationsstelle Peru

15.30h Arbeitsgruppen: – Kritik am Verhalten von Banken und Firmen – Positive Beispiele und mögliche Unterstützung peruanischer indigener Organisationen – Politische Aufgaben hier: Ratifizierung ILO – Konvention 169, Entwicklungszusammenarbeit, Kooperation + Vernetzung in D/EU – Agrarexport: Zum Beispiel Kakao und Palmöl

17.30h Vorschläge/Impulse aus den AGs

18.30h Abendessen

Abends Fiesta

Sonntag, 29. April 2018

09.00h Berichte über aktuelle Ereignisse und Aktivitäten der Infostelle: – Klimakonferenz COP in Paris – Straferlass für Fujimori-Protestaktionen – Beschäftigung mit der Umsetzung des Freihandelsabkommens – Aktivitäten der Bergbaukampagne

10.00h Informationsstelle Peru: Welche Aufgaben und Veränderungen stehen für die Solidaritätsarbeit an?

11.30h Planung- Kooperation: Aktivitäten der Gruppen und der Informationsstelle Peru 2018

12.00h Mittagessen

Ende des Seminars

Infos und Anmeldung: Jimi Merk, merk@infostelle-peru.de

Der Flyer mit Programm und genauen Ortsangaben kann hier heruntergeladen werden

[AusschrPeruSem0418 flyer AnmAbschnPeruSeminar-1](#)

Anmeldung bitte mit folgendem Formular [AnmAbschnPeruSeminar-1](#)

2018

### 3. „Wir müssen aufhören, im Namen der Betroffenen zu reden“

*interview mit Juan Carlos Ruiz, Anwalt und Abteilungsleiter für Indigene Völker und Verfassungsklagen bei der Menschenrechts-NRO „Instituto de Defensa Legal“ (IDL)*

**Infostelle Peru: Die kulturelle Vielfalt Perus ist beeindruckend. Der große peruanische Schriftsteller José María Arguedas schreibt dazu: „Nein, es gibt kein vielfältigeres Land weltweit, keines mit größerer Vielfalt an Landschaften und Menschen; an Abstufungen von Temperatur und Hautfarbe, von Liebe und Hass,; jede Abstufung von Wärme und Hautfarbe, von Liebe und Hass, von Verkettungen und Feinheiten, von benutzten und inspirierenden Symbolen.“**

**Eine der Komponenten dieser Vielfalt sind die sogenannten indigenen Völker. Wer oder was sind die indigenen Völker in Peru? Sind sie nur die Völker des Amazonasgebiets oder sind auch die Bauerngemeinden in den Anden oder auch die Migranten aus den Anden, die in der Stadt leben darunter bezeichnet? Worüber reden wir, wenn wir in Peru von indigenen Völkern reden?**

Juan Carlos Ruiz: Indigene Völker sind grundsätzlich diejenigen, die der Definition von indigenem Volk im Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen. Demnach haben indigene Völker drei Merkmale: 1) sie stammen von eingeborenen Bevölkerungsgruppen ab (die in dem Land oder in einem Gebiet, zu dem das Land gehört, zur Zeit der Kolonialisierung ansässig waren); 2) sie bewahren soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Traditionen ihrer Kultur; und 3) sie bezeichnen sich selber als einem indigenen Volk zugehörig.

Das peruanische Kulturministerium hat noch zwei Merkmale hinzugefügt: indigene Völker leben in ihrem angestammten Gebiet und sprechen ihre einheimische Sprache. Diese beiden Ergänzungen des Kulturministeriums sind nicht obligatorisch, aber gefährlich, weil mehrere Bergbauunternehmen damit argumentieren, um indigene Rechte zu leugnen. Die Ombudsstelle Perus hat beim Energie- und Bergbauministerium protestiert, weil das Ministerium die beiden letzten Anforderungen zum Anlass nahm, bestimmte Gemeinschaften vom Recht auf Vorab-Konsultation auszunehmen – ein Recht, das laut ILO-Konvention 169 nur indigenen Völkern zusteht.

Aber, wenn ein Bergbau- oder Erdölunternehmen mich von meinem Gebiet vertreibt, bin ich dann kein Indigener mehr? Oder wenn ich in der Schule die Sprache meiner Eltern nicht sprechen darf und sie nicht erlerne, wie dies bei den Kukama geschah, bin ich dann weniger indigen? Ehrlich gesagt sind diese zwei Anforderungen beliebig.

Indigen ist, wer von einem Ur-Volk abstammt, ganz oder teilweise ihre Bräuche einhält und sich selbst als indigen definiert. Es spielt keine Rolle, ob man in der Stadt, auf dem Land, in den Bergen, an der Küste oder im Amazonas-Gebiet lebt.

**Infostelle Peru: Das Instituto de Defensa Legal arbeitet mit der Methode der strategischen Prozessführung. Das bedeutet, das Verfassungsrecht zu nutzen, um systematische Menschenrechtsverletzungen anzuklagen und Einfluss zu nehmen auf künftige politische Entscheidungen. Wie ist zurzeit in Peru die Lage der Rechte der sogenannten indigenen Völker? Und warum ist die juristische strategische Prozessführung eine gute Wahl, um die**

2018

**indigenen Rechte zu schützen?**

Juan Carlos Ruiz: Die indigenen Völker unterscheiden sich nicht nur durch ihre andere Kultur, sondern auch weil sie in der peruanischen Gesellschaft unterdrückt sind und unter Asymmetrie der Macht und sozialen Ungleichheiten leiden. Zum Beispiel sind 0,03% der peruanischen Bevölkerung Träger des HIV-Virus, bei den indigenen Völkern sind es 7%. Indigene Völker als soziale Gruppen sind deutlich verletzbarer. Sie stehen in einer asymmetrischen Machtposition.

Ein paar Beispiele aus der Praxis:

Im Dialog von Saramurillo (es ging um die staatlichen Entschädigungen für die Erdöllecks der staatlichen Pipeline) hielten die Staatsvertreter die Indigenen für unsichtbar, nicht-existent.

Im Amazonasgebiet gibt es mehrere Infrastrukturprojekte, die sehr starke Auswirkungen auf die Bevölkerung haben werden, wie eine neue Stromtrasse, eine Fernstrasse oder die Ausbaggerung des Flusses zur „Fluss-Autobahn“. Wenn es eine Strasse gibt, werden auch illegale Goldschürfer ins Gebiet kommen. Eine Straße durch den Regenwald wird gebaut, dann werden bestimmt die illegalen Bergbauunternehmen verstärkt aktiv.

Ein anderes Beispiel sind die von den Erdölaustritten betroffenen Gemeinden in Loreto. Die Unfälle geschahen im Juni 2014, bis heute haben sie keine ärztliche Hilfe erhalten. Das sind fast vier Jahre! Solche Beispiele zeigen uns die Apathie des peruanischen Staates, sich um die indigene Bevölkerung zu kümmern.

Zur strategischen Prozessführung: Wenn eine Verfassungsklage nicht mit einer sozialen Bewegung und einer Medienarbeit zusammengeht, macht sie eigentlich keinen Sinn. Die Leute bzw. die Gemeinschaft, um die es geht, müssen den Inhalt der Verfassungsklage kennen und dahinter stehen, damit wird der Prozess zu einem Instrument des politischen Kampfes, um ein bestimmtes Thema auf die öffentliche Agenda zu setzen. Eine Klage alleine ist schwach, und wenn ein Richter merkt, dass hinter einer Klage nur ein Anwalt steckt, wird er ihm nicht viel Aufmerksamkeit schenken. Aber wenn er merkt, dass hinter einer Klage eine soziale Gruppe und Bewegung steht, dann wird er sie ernst nehmen.

**Infostelle Peru: Wir kann man sich für die indigenen Völker einsetzen, ohne in eine Art von Kolonialismus zu verfallen, das heißt, ohne den indigenen Völkern von außen Themen und Strategien aufzudrücken, die nicht ihre sind?**

Juan Carlos Ruiz: Ich kenne Klagen, die geschrieben wurden, ohne sie der Gemeinschaft, um die es geht, vorzulegen. Es ist wichtig, dass die Rechtsanwälte ihre Star-Rolle ablegen und den Opfern nicht die Show stehlen. Ein Prozess muss Anlass geben, über Bürgerrechte zu reden, um einen Reflexionsprozess in einer Gemeinde einzuleiten. Die betroffene Gemeinde muss die Klage kennen und genehmigen, sonst benutzen wir Rechtsanwälte die indigenen Gemeinschaften nur für unsere Zwecke. Es ist auch wichtig, dass wir nicht im Namen der Betroffenen oder der Armen sprechen, sondern dass wir sie selber zu Wort kommen lassen. Die Armen sollen mit ihrer eigenen Stimme reden, wenn wir stattdessen in ihrem Namen reden, dann fallen wir in das Muster des Kolonialismus.

**Infostelle Peru: Welche Erfolge kann die strategische Prozessführung verbuchen? Kannst Du uns die drei wichtigsten Urteile nennen und ihre Folgen für die Rechte indigener Völker in**

2018

**Peru?**

Juan Carlos Ruiz: Die Urteile, die am meisten Auswirkungen haben auf die Rechte indigener Völker, haben mit Infrastrukturprojekten (Strassen- oder Staudammbau), mit der Erdölförderung und dem Bergbau zu tun. Auf allen drei Gebieten gibt es Urteile zugunsten der Rechte indigener Völker, dass diese vor Projektbeginn konsultiert werden müssen.

Da haben wir einmal das Urteil über den Ausbau der Wasserstrassen im Amazonasgebiet. Es ist ein Meilenstein, weil es besagt, dass staatliche Projekte mit Auswirkungen auf indigene Völker, vorher konsultiert werden müssen.

Dann haben wir das Urteil in erster Instanz zur Erdölbohrung im Lote 116. Es besagt, dass die indigenen Völker vorher konsultiert werden müssen und dass alle Entscheidungen, die ohne Konsultation gefällt worden sind, annulliert werden.

Dann die Urteile im Fall der Bergbaukonzessionen in Atuncolla und Jatucachi. Das Urteil von Jatucachi annulliert Bergbaukonzessionen, die nicht vorher konsultiert wurden. Dasjenige von Atuncolla ermahnt die Bergbaubehörde INGEMET, keine Bergbaukonzessionen zu vergeben, ohne vorher die Bauerngemeinschaften zu konsultieren.

*Das Interview führte César Bazán Seminario*

## 4. Wer ist in Peru „indigen“ ?

Im November 2016 wurde im nördlichen Regenwaldgebiet die 67-jährige Rosa Andrade Ocagane ermordet. Sie war die letzte Frau, die Resígaro sprach. Zudem gehörte sie einer Gruppe von knapp 100 Personen an, die Ocaina sprechen.

Gemäß Zahlen des Kulturministeriums <sup>1</sup> leben in Peru noch insgesamt 55 verschiedene indigene Völker. Vier davon sind Andenvölker (Quechua, Aymara, Jaqaru und Kawki), 51 stammen aus dem Amazonasgebiet. 47 ursprüngliche Sprachen werden noch gesprochen, einige – wie Resígaro oder Ocagane – nur noch von ganz wenigen Personen. Die größten Sprachgruppen sind Quechua, Aymara und Asháninka.

### Wer ist indigen?

Peru ist neben Mexiko, Bolivien, Kolumbien und Guatemala eines der Länder Lateinamerikas mit dem höchsten Anteil indigener Bevölkerung. Von den rund 32 Millionen Menschen, die heute in Peru wohnen, gehören 14% <sup>2</sup> bis 45% <sup>3</sup> einem der Urvölker an – je nach Schätzung und Definition.

Nach den Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO sind sowohl objektive wie subjektive Kriterien ausschlaggebend, wenn es darum geht zu definieren, wer zu einem indigenen Volk gehört. So gilt als indigen, wer von einer Bevölkerungsgruppe abstammt, die in einem Gebiet schon vor dessen Eroberung oder Kolonialisierung ansässig war und die einige oder alle ihrer traditionellen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einrichtungen beibehalten hat.

2018

Neben den objektiven Kriterien wie Sprache, Organisationsform, Bräuche etc. ist auch das subjektive Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft wichtig.

---

*Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der UNO, deren Aufgabe es ist, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern, ist auf internationaler Ebene eine der wichtigsten Institutionen zum Thema indigene Völker. Seit ihrer Gründung 1919 ist die Situation der indigenen Völker eines der zentralen Anliegen der ILO. Die Diskriminierung und Ausbeutung der Indigenen in vielen Ländern war einer der direkten Auslöser für die Ausarbeitung und Verabschiedung des Abkommens über Zwangsarbeit von 1930 (ILO 29). 1957 verabschiedete die ILO in Vertretung der UNO das erste internationale Abkommen über die Rechte der indigenen Völker, das Übereinkommen 107. Dieses wurde 1989 abgelöst durch das Übereinkommen 169 (kurz ILO 169), das heute wichtigste internationale Instrument zur Durchsetzung der Rechte der Urbevölkerungen<sup>4</sup>.*

---

In den Statistiken Perus gilt bis heute nur als indigen, wer eine der ursprünglichen Sprachen spricht. All jene, die aufgrund der Diskriminierung oder wegen Migration oder Akkulturation ihre Muttersprache nicht mehr sprechen, fallen aus der Statistik heraus. Ebenso alle Kinder unter 3 Jahren, bei denen noch keine Sprache erfasst wurde. Diese sehr enge Definition führt zu dem oben erwähnten geringen Anteil indigener Bevölkerung von 14%.

Ein Regionalgericht in Puno urteilte im Januar dieses Jahres, dass das internationale Übereinkommen für den Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung – die ILO-Konvention 169 – bei einem angeklagten Aymara-Leader nicht zur Anwendung kommt, weil dieser sein Territorium verlassen hat, über einen Dokortitel verfügt und klar gezeigt hat, dass er sich mit den geltenden Gesetzen auskennt. Indigen kann also nur sein, wer im Dorf lebt und über keine allzu grosse Bildung verfügt?

In der allgemeinen Volkszählung von Oktober 2017 wurde zum ersten Mal danach gefragt, welcher ethnischen Gruppe man sich selber zugehörig fühlt<sup>5</sup>. Die Ergebnisse der Volkszählung sind noch nicht bekannt.

Die indigenen Organisationen hatten sich stark für die Frage der ethnischen Selbstidentifikation eingesetzt. Ihre Hoffnung: Mit einer guten Datenlage wird es einfacher, die Rechte der Indigenen einzufordern und ihre politischen Forderungen voranzubringen. Gleichzeitig befürchten sie jedoch, dass viele, obwohl sie die objektiven oder subjektiven Kriterien der Zugehörigkeit zu einer indigenen Gemeinschaft erfüllen, es als Folge des Rassismus und der Diskriminierung vorziehen, sich als Bauern oder „Mestizo“ zu bezeichnen.

### **Unterschiede zwischen Hochland- und Tiefland-Indigenen**

Vor allem die Nachkommen der ursprünglichen Bevölkerung im Andengebiet empfinden die Bezeichnung „indigen“, als beleidigend, da sie sehr ähnlich klingt wie der mit Marginalisierung und Geringschätzung verbundene Begriff „indio“<sup>6</sup>. Mit der Agrarreform von 1969 wurde der Begriff „indio“ auf Gesetzesebene durch „campesino“ (Bauer) ersetzt und gilt seither als politisch unkorrekt. Verwendet wird er teilweise immer noch, mit derselben negativen Konnotation. Präziser sind heute jedoch andere Begriffe zur Bezeichnung der Andenbewohner wie „serrano“ oder „cholo“. Während

2018

„serrano“ in anderen Ländern der Region eine rein geographische Bezeichnung ist für Menschen aus dem Berggebiet, hat der Begriff in Peru einen klar beleidigenden, erniedrigenden Beigeschmack; das Andengebiet gilt als arm und rückständig. Der Begriff „cholo“ – ursprünglich auch eine despektierliche Bezeichnung – hat eine Wandlung durchgemacht und wird inzwischen unter Familienmitgliedern oder Freunden positiv verwendet<sup>7</sup>.

Die Urbevölkerung im Regenwaldgebiet ist demgegenüber eher stolz auf die eigene ethnische Identität. Das hat mit der Kolonialgeschichte zu tun – von der die Bevölkerung im Regenwald weniger stark betroffen war als die BewohnerInnen der Andenregion und der Küste – wie auch mit den Gesetzen, die den ursprünglichen Gemeinschaften im Andengebiet kollektive Rechte als „comunidades campesinas“ – als „bäuerliche Gemeinschaften“ – zugestehen, jenen im Amazonasgebiet als „comunidades nativas“. Ein wichtiges Merkmal dieser Gemeinschaften ist, dass sie gemeinsam ein bestimmtes Gebiet bewohnen und kontrollieren.

### **Extraktivismus = Ausbeutung**

Perus Wirtschaftsmodell beruht primär auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung als Arbeitskräfte gehörte seit der Kolonialzeit dazu. In den Jahrzehnten des Kautschukfiebers Ende des 19. Jahrhunderts wurde vor allem in der Region um Iquitos, aber auch in anderen Gebieten, richtiggehend Jagd auf indigene Völker im Regenwald gemacht, um sie zu versklaven. Schätzungen gehen davon aus, dass in der grenzübergreifenden kolumbianisch-peruanischen Putumayo-Region um die 100'000 Indigene durch die Misshandlungen der Kautschukbarone ihre Leben verloren.

Einige Gruppen zogen sich darauf hin weiter in den Wald zurück und vermeiden seither jeglichen Kontakt zum Rest der Welt (s. Kasten Völker in freiwilliger Isolation).

Der Vater der ermordeten Doña Rosa war Ocaina, die Mutter Resígaro – beide Völker gehörten zu den Hauptopfern des Kautschukbooms. Auch danach bestanden die Feudalsysteme in vielen Gebieten fort. Wie der Amazonasexperte Alberto Chirif erklärte, erhielt Doña Rosa den Nachnamen Andrade von einem „Dienstherrn“, ebenso ihr Bruder und andere Bewohner des Dorfes. Nachnamen sind bei indigenen Völkern nicht üblich.

Heute sind die Indigenen nicht mehr primär Arbeitskräfte, sondern für das herrschende Wirtschaftsmodell vielmehr „Überflüssige“, die mit ihren Rechten dem Wirtschaftswachstum im Wege stehen. In schlechter Erinnerung ist der Vergleich von Ex-Präsident Alan García von 2009, der die Indigenen des Regenwalds mit dem „perro del hortelano“ verglich, dem Hund des Gärtners, der nicht frisst und nicht fressen lässt<sup>8</sup>,

Stärker denn je sind heute die indigenen Völker Perus, ihre Territorien, ihre Lebensweise, ihre Kultur bedroht von dem extraktivistischen Wirtschaftsmodell des Landes. Legalen und illegalen Bergbau, Holzschlag, Monokulturen, Erdölförderung und auch der Bau von großen Infrastrukturprojekten, die meist an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung vorbeigebaut werden, zerstören ihren Lebensraum und bringen Konflikte.

### **Kollektiver Landbesitz**

Das kollektive Land der „comunidades campesinas“ bzw. „comunidades nativas“ war über Jahrzehnte unveräußerbar, unverpfändbar und unverjährbar. Mit der Verfassung von 1993 wurden die Prinzipien

2018

der Unveräusserlichkeit und Unpfändbarkeit annulliert und auch das Prinzip der Unverjährbarkeit aufgeweicht. Seither wurden zahlreiche weitere Gesetze verabschiedet, die die kollektiven Rechte der Indigenen schwächen und die Vergabe von Land an Firmen vereinfachen.

Die Verfassung Perus anerkennt die ethnische und kulturelle Vielfalt des Landes und gesteht allen BürgerInnen das Recht auf ihre ethnische und kulturelle Identität zu. In zahlreichen Bereichen der Politik und der öffentlichen Verwaltung dominiert jedoch eine Sichtweise, welche die indigene Bevölkerung als Bürger zweiter Klasse sieht. Die indigene und ländliche Bevölkerung sowie die Nachkommen der afrikanischen Sklaven sind weitaus stärker von Armut betroffen als andere Bevölkerungsgruppen<sup>9</sup>. In weiten Teilen des Regenwaldes ist der Staat nur schwach bis nicht präsent.

Laut der nationalen Haushaltsstatistik von 2015 hatten 44 bzw. 42% der aymara- und quechasprechenden Haushalte keinen Anschluss an die Trinkwasserversorgung, bei den Haushalten mit „anderer indigener Sprache“ waren es gar 80% (gegenüber 18.3% der spanischsprachigen Bevölkerung).

Die BewohnerInnen des Regenwalddorfes Cuninico, deren Umgebung seit 2014 zwei Mal von einem Leck an der Erdölpipeline verschmutzt wurde, kämpfen bis heute für eine angemessene Intervention des Staates, um nicht mehr ölverschmutztes Wasser konsumieren zu müssen.

Die interkulturelle zweisprachige Schulbildung ist zwar seit 2002 im Gesetz verankert, aber erst 2016 wurde dazu ein nationaler Umsetzungsplan verabschiedet. Ressourcen für dessen Implementierung stehen jedoch fast keine zur Verfügung: Die staatliche Bildungspolitik setzt auf Privatisierung des Schulsystems.

### **Zweiklassen-Gerechtigkeit**

Auch beim Thema Zugang zum Justizsystem und Rechtsprechung ist es noch ein langer Weg bis zur Gleichbehandlung. Der Mord an Rosa Andrade ist bis heute noch nicht geklärt. Gewalt und Morde an Frauen sind in Peru so alltäglich wie Straflosigkeit. Für die indigene Bevölkerung ohne die notwendigen Mittel und Sprachkenntnisse, um Druck auf die zuständigen Behörden zu machen, ist es ohne externe Unterstützung äußerst schwierig, im staatlichen – oft korrupten – System Gerechtigkeit zu erlangen.

Gelingt das allen Hindernissen zum Trotz, kann es durchaus vorkommen, dass der Staat selbst Berufung einlegt. Als im April 2017 das Verfassungsgericht entschied, die Klage von indigenen Organisationen gegen die Erdölförderung in der Parzelle 116 sei gerechtfertigt, weil keine Vorabkonsultation durchgeführt worden war, wurde das als historischer Entscheid für die Rechte der Indigenen gefeiert. Nur wenige Tage später jedoch legte das Bergbau- und Energieministerium Berufung gegen das Urteil ein, „um die Interessen des Staates zu schützen und die Rechtssicherheit zu garantieren“.

Letzten Dezember feierte das Volk der Achuar: Ein Gericht in Iquitos hatte entschieden, dass das Volk als ganzes als juristische Persönlichkeit anerkannt werden und ihm der Landtitel für das ursprüngliche Territorium inklusive natürliche Ressourcen erteilt werden muss. Die Sache ist aber noch nicht gegessen: sieben staatliche Einheiten haben das Urteil angefochten. Nicht nur das Energieministerium und die staatliche Erdölfirma, sondern auch die Regionalregierung von Loreto, die das Urteil umsetzen müsste und – wohl am bedenklichsten – das Kulturministerium, zu dessen Aufgaben es gehört, die Rechte der indigenen Völker zu schützen.

---

### *Völker in freiwilliger Isolation*

*Im peruanischen Regenwaldgebiet leben gemäss Schätzungen mindestens 15 verschieden indigene Gruppen, die ohne – oder nur mit ganz begrenztem – Kontakt zur „Außenwelt“ leben, die meisten von ihnen in den abgelegensten Grenzgebieten zu Ecuador, Bolivien und Brasilien.*

*Alle diese Völker befinden sich einer Situation extremer Verletzbarkeit. Ein Kontakt mit Krankheitserregern der Außenwelt, gegen die sie keine Abwehrkräfte haben, kann zum Tod einer ganzen Gruppe führen. Ihre Territorien sind immer stärker Eingriffen von außen ausgesetzt.*

*Peru unternimmt einerseits Maßnahmen zum Schutz der Völker in Isolation. So wurden beispielsweise fünf Schutzgebiete, sogenannte „reservas territoriales“, für diese Gruppen definiert. Andererseits werden Gesetze verabschiedet, die sie klar in Gefahr bringen. Wie jüngst das Gesetz Nr. 30723, das den Bau einer Straße in Ucayali im Grenzgebiet zu Brasilien zu einem Projekt von nationalem Interesse erklärt. Das Projekt betrifft direkt zwei dieser „reservas territoriales“, zudem drei Gebiete, die indigenen Gemeinschaften gehören, und vier Umweltschutzgebiete!*

---

*Flurina Doppler (Sozialanthropologin) arbeitet seit September 2015 als Comundo-Fachperson bei der Nichtregierungsorganisation Forum Solidaridad Perú in Lima.*

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Datenbank über indigene und ursprüngliche Völker, [www.bdpi.cultur.gob.pe](http://www.bdpi.cultur.gob.pe)

<sup>2</sup><http://censos.inei.gob.pe/cpv2007/tabulados> – Nationale Volkszählung von 2007

<sup>3</sup><https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pe.html>

<sup>4</sup> Siehe dazu <http://www.infostelle-peru.de/web/wp-content/uploads/2016/03/Infoperu-42.pdf> oder <http://www.infostelle-peru.de/web/schattenbericht-zur-consulta-previa/> (online-Version, ohne Kasten zu ILO 169) oder <https://www.survivalinternational.de/indigene/ilo> (nicht spezifisch Peru)

<sup>5</sup> Die Optionen im Fragebogen waren: 1) Quechua 2) Aimara 3) Indigen aus dem Amazonasgebiet, mit Platz für konkrete Angabe 4) Anderes ursprüngliches oder indigenes Volk, mit Platz für konkrete Angabe 5) Schwarz, „Moreno“, Zambo oder Mulato / Volksgruppe afrikanischer Abstammung 6) Weiß 7) Mestizo 8) Andere, mit Platz für konkrete Angabe

<sup>6</sup> Die Herkunft der Worte steht allerdings in keinem Zusammenhang. Der Begriff „indio“ geht auf den historischen Irrtum von Kolumbus zurück, der bei seiner Ankunft in Amerika glaubte, in Indien zu sein und die BewohnerInnen folglich „Indianer“ nannte. Das Wort „indigen“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „eingeboren“.

<sup>7</sup> Ausdruck davon ist der populäre Walzer „Cholo soy (y no me compadezcas)“ (Cholo bin ich (und bemitleide mich nicht deswegen) des Musikers Luis Abanto Morales.

<sup>8</sup> Des Gärtners Hund ist eine literarische Figur aus einer Komödie des spanischen Dichters Lope de Vega.

2018

<sup>9</sup> Gemäß nationaler Haushaltsstatistik von 2015 sind 14.8% der spanischsprachigen Bevölkerung Perus arm, jedoch 25% der Quechuasprechenden, 34.8% der Aimarasprechenden und 48.1% derer, die eine andere indigene Sprache sprechen (Encuesta nacional de Hogares 2015).

## 5. „Gemeindeentscheidungen werden von Männern getroffen“

*Frauen in Umwelt- und Bergbaukonflikten stehen vor ganz eigenen Schwierigkeiten und Herausforderungen. Zu dieser Schlußfolgerung kommt die Juristin, Dichterin und Menschenrechtsaktivistin Rocío Silva-Santisteban in ihrem Buch „Frauen und öko-territoriale Konflikte. Auswirkungen, Strategien, Widerstand“.*

*Für das Buch hat Rocío Silva-Santisteban zahlreiche Frauen und Anführerinnen aus dem Widerstand gegen extraktive Projekte befragt.*

*Lili Essenwanger hat Rocío Silva-Santisteban dazu interviewt.*

**Infostelle Peru: In Deinem Buch beschäftigst Du Dich mit der Frage von Umweltschützerinnen, die von Bergbau-Unternehmen misshandelt wurden. Warum befragst Du nur die Frauen ? Ist die Gewalt gegen Frauen anders als die, die Männer erfahren?**

Rocío Silva-Santisteban: Bei sozialen Konflikten sterben mehr Männer als Frauen, etwa 80% sind Männer. Dennoch ist der geringe Anteil an Frauen nicht zu unterschätzen, da für sie die Konsequenzen deutlich andere sind.

Die Lebensweise von Frauen verändert sich radikal. Frauen sind diejenigen, die sich der Suche nach Gerechtigkeit annehmen müssen, wenn ihre Männer, Väter und Kinder getötet worden sind. Frauen müssen sich all den Veränderungen stellen, die extraktive Unternehmen in ihrem Leben schaffen, sowohl im Bergbau als auch in der Ölindustrie.

Und es ist auch vorgekommen, dass die Arten der Gewalt gegen Frauen vor allem stigmatisierend sind. Sie werden verunglimpft und als Verräterinnen der Gemeinschaft angesehen. Es gibt eine ganze Reihe von internen Rufmordkampagnen, die der Person Schaden zufügen. Eine andere, ganz gewöhnliche Sache ist die sexuelle Gewalt, die unter verschiedenen Umständen in verschiedenen Räumen aufgetreten ist. Darüber hinaus gibt es auch die Kriminalisierung von Frauen durch Anschuldigungen, wie zum Beispiel, dass sie Terroristinnen seien, Geldwäsche betreiben würden oder Land widerrechtlich besetzten.

Die Form der Belästigung ist bei Männern anders. Zum Beispiel wurde Oscar Mollohuanca, ehemaliger Bürgermeister von Espinar, angezeigt und sogar für einen Monat inhaftiert, obwohl er völlig unschuldig war.

Während die Fälle bei Männern für gewöhnlich das Arbeitsumfeld betreffen, konzentrieren sich die Fälle bei den Frauen eher auf ihre Persönlichkeit und einfach auf die Tatsache, eine Frau zu sein.

**Infostelle Peru: Wie war es für Dich, mit diesen Frauen zu sprechen? War es leicht für sie, sich Dir zu öffnen?**

Rocío Silva-Santisteban: In den meisten Fällen war es einfach, weil ich schon einige von ihnen

2018

kannte. Ich beschäftige mich seit mehreren Jahren mit Menschenrechten, auch mit Menschen, die ich nicht so gut kannte, wie zum Beispiel die Anführerinnen aus dem zentralen Regenwald. Einige von ihnen waren etwas zurückhaltender, aber im Endeffekt war es so, dass ich Frauen interviewt habe, die ihr Herz für mich geöffnet haben. Einige wollten nicht, dass ihre Informationen veröffentlicht werden, aber sie haben mir geholfen, Dinge zu verstehen. Aber ja, alles war sehr positiv.

**Infostelle Peru: Du benutzt oft den Begriff „Biopolitik“. Was ist das und auf welche Weise bezieht sich das auf den Fall dieser Frauen?**

Rocío Silva-Santisteban: Biopolitik ist ein Begriff, den der französische Philosoph Michel Foucault geprägt hat. Vor einiger Zeit interessierte ich mich für sein berühmtes Buch „Überwachen und Strafen“. Foucault sagt, dass die Politik nicht nur durch die Kontrolle der Öffentlichkeit geprägt wird, sondern auch durch die Kontrolle privater Unternehmungen und des Körpers.

Im Buch sage ich, dass Politik mit der Kriminalisierung von Protest verbunden ist. Politikstrategien, die mit dieser Notwendigkeit und Dringlichkeit einer extraktiven Entwicklung in allem verbunden sind, wollen das Leben kontrollieren – nicht nur durch die Kontrolle der Körper von Menschen, sondern auch durch die Gewalt des Staates, Polizeirepression oder sogar die Kontrolle der Mobilität, wenn z.B. Strassen gesperrt werden. Dadurch kommt es zur Kontrolle des Lebens selbst, im biologischen Sinne. In vielen Fällen wird dort, wo sich eine Minen-, Gas- oder Ölgesellschaft niederlassen will, die Kontrolle über Wasser und alle natürlichen Lebens-Umstände angestrebt, die mit diesem Gebiet verbunden sind. Die gesamte Umgebung wird zum Verwaltungsgebiet des Unternehmens.

Es spielt dabei keine Rolle, ob dort Bäume, Lagunen oder Feuchtgebiete sind. Was auch immer dort ist, es wird je nach Unternehmenstyp dem Erdboden gleich gemacht. So kommt es zur Kontrolle des biologischen Lebens in unserer Umwelt. Und das müssen wir stoppen und darüber nachdenken, weil es brutal vorkommt.

**Infostelle Peru: Und warum verwendest Du den Begriff „ecoterritorial“ (öko-territorial) anstatt den Begriff „Sozio-Umwelt“ weiter zu verwenden?**

Rocío Silva-Santisteban: „Socio-ambiental“ (sozial und umweltbezogen) bezieht sich auf Konflikte im Zusammenhang mit der Umwelt im weitesten Sinne, aber wenn wir diese Konflikte analysieren, besonders bei Bergbaukonflikten, erkennen wir, dass in Wirklichkeit der Hauptgrund des Konflikts nicht unbedingt die Umwelt ist, sondern das Territorium, denn hier gibt es Territorien indigener Gemeinschaften, die praktisch von den Minengesellschaften annektiert oder gekauft werden.

**Infostelle Peru: Wie verhält sich das Territorium zu den Frauen?**

Rocío Silva-Santisteban: Während alle Menschen in Bezug zu einem Territorium stehen, gibt es eine Komponente, die speziell Frauen schadet. Es ist nämlich so, dass der gemeinschaftliche Landbesitz in den Händen von Männern ist. Und es sind die Männer, die die Entscheidungen treffen. Im Gesetz der bäuerlichen Gemeinschaften wird in einem Artikel festgestellt, dass der Eigentümer des Landes das Familienoberhaupt ist, welches immer männlich ist. So kommt es, dass die Entscheidungsträger die Männer sind. Und oft entscheiden sie, ohne die Meinung ihrer Frauen zu Rate zu ziehen. Sie treffen die Entscheidung angesichts dessen, was sie selbst denken bzw. was

2018

die anderen Gemeinschaftsmitglieder sagen. Letztendlich wird die Ehefrau dann damit überrascht, dass das Eigentum verkauft wurde. Dies ist eine Situation, die der Frau und den Kindern sehr schadet, da die Kinder normalerweise bei der Mutter bleiben.

**Infostelle Peru: Du sagst, dass es wichtig ist, eine eigene Strategie für die Verteidigung der Rechte der Frauen in Umweltkonflikten auszuarbeiten. Was wären die wichtigsten Punkte, um im Rahmen eines Projektes neue Gesetze auf den Weg zu bringen?**

Rocío Silva-Santisteban: Der erste Schritt wäre ein Gesetzentwurf zum Schutz der Verteidigerinnen des Territoriums und der Umwelt. In dem im Dezember letzten Jahres veröffentlichten Menschenrechtsplan sollten mehrere Artikel bezüglich der Verteidiger enthalten sein, doch wurden diese Artikel schließlich auf Druck des Unternehmerverbandes CONFIEP (Confederación Nacional de Instituciones Empresariales Privadas) annulliert. Das ist schrecklich, weil ich glaube, dass es Menschen gibt, die in unserem Land mit einem hohen Risiko leben. Es gibt so viele Menschen, die Verteidiger ihrer Umwelt sind, Verteidiger von Wasser, Verteidiger des Landes, und ihnen wird nicht die nötige Aufmerksamkeit oder der gebührende Schutz geboten. Zunächst müsste damit begonnen werden, und zweitens sollte zumindest ein Protokoll zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern erstellt werden.

Verteidiger des Territoriums und der Umwelt fordern oft vorsorgende Maßnahmen von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, und die Vorsichtsmaßnahmen bestehen zum Beispiel darin, dass ein Polizist morgens, mittags und abends eingesetzt werden sollte, um sie zu beschützen. Und das ist absurd, denn das ist nicht unbedingt etwas Gutes. Im Fall von Máxima Acuña in Cajamarca kam die Polizei einmal in der Woche vorbei, um sie zu fragen: „Geht es Dir gut?“ Es gibt viele andere Arten des Schutzes jenseits einer Leibwächter-Polizei. Außerdem gibt es im Fall von Máxima Acuña Polizisten, die als Spione für alles, was sie tat, dienten.

**Infostelle Peru: Wer müsste etwas tun, um diese Situation zu ändern? Und was können wir aus Deutschland beitragen?**

Rocío Silva-Santisteban: Aus Deutschland kann eine Menge Hilfe kommen. Das nationale Ombudsbüro (Defensoría del Pueblo) ist die Institution in Peru, die über alle Informationen bezüglich sozialer Konflikte verfügt. Darüber hinaus hat die Ombudsstelle ein Konfliktmodell aufgestellt, das meines Erachtens aber nicht funktioniert. Es ist ein Modell, das einen Anfang, einen Höhepunkt, eine Antiklimax und ein Ende hat. Und die Ombudsstelle führt dieses Modell immer noch fort. Ich habe hingegen etwas sehr Einfaches vorgeschlagen. In meinem Vorschlag habe ich das Modell eines Österreicherers namens Friedrich Glasl zitiert. Dies scheint ein Modell zu sein, das in Deutschland benutzt wird, um einen Konflikt wirklich zu verstehen. In der Defensoría del Pueblo sehen sie die Konflikte als etwas Regelmäßiges an, wobei Konflikte von Natur aus immer sehr unregelmäßig sind. Ich denke, wir sollten das Modell von Friedrich Glasl an Peru anpassen, nicht nur in der defensoría del Pueblo, sondern auch in den Institutionen, die sich mit dem Thema der sozialen Konflikte befassen.

Wenn Deutschland die Peruaner darin unterstützen könnte, neue Formen der Konzeptualisierung sozialer Konflikte zu verstehen, wäre das eine große Hilfe. Zweitens glaube ich, dass Deutschland eine Tradition hat, hart an den Menschenrechten zu arbeiten. Dieses Arbeitsmodell zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat ist ein Arbeitsmodell, das wir gerne einbeziehen würden. Darüber

2018

hinaus denke ich, dass es ein großes Problem ist, dass der Zivile Friedensdienst (ZFD), der ein sehr wichtiges Programm aus Deutschland und für viele Jahre in Peru aktiv war, zurückgezogen wurde.

**Infostelle Peru: Viele Frauen in Umweltkonflikten werden als Opfer behandelt. Denkst du, dass die Konnotation als Opfer ihnen hilft, sich selbst zu stärken?**

Rocío Silva-Santisteban: Nein, das glaube ich nicht. Ich habe kürzlich einen Dokumentarfilm über Frauen gesehen, die in den USA angegriffen wurden. Eine grundlegende Sache war, dass sie aus dem Opferstatus herauskommen müssen, um etwas tun zu können. Den Zustand des Opfers zu verlassen bedeutet, auf die Seite des Überlebenden zu gehen. Der anschließende Schritt vom Zustand des Überlebenden zum Zustand des „Verteidigers“, ist ein kleiner. Was man also tun muss, ist das Arbeiten am Opferstatus. Wenn man nämlich sich im Zustand des Opfers befindet, ist man zu verletzlich.

**Infostelle Peru: Welche Verantwortung haben die Männer im Kampf gegen den Extraktivismus, wo Frauen das Gesicht des Kampfes sind?**

Rocío Silva-Santisteban: Ich glaube, dass sie eine große Verantwortung haben, weil sie nicht nur gegen den Extraktivismus, sondern gegen ihr eigenes Machogehabe kämpfen müssen, und gegen den Machismo des Extraktivismus. Man spricht von Machismus im Extraktivismus, wenn die Geschäftsleute eine Vereinbarung mit den Gemeindeführern (dirigentes) treffen und die Frauen diskriminiert werden, wenn es darum geht, Entscheidungen über ihre Territorien zu treffen. Es scheint jedoch, dass es bereits mehrere Gemeindeführer (dirigentes) gibt, bei denen ein Umdenken stattfindet. Sie versuchen, die Beteiligung von Frauen zu sichern, vor allem in Cajamarca ist mehr Fortschritt zu sehen.

**Infostelle Peru: Was hast Du persönlich von den Gemeindeführerinnen und Umweltschützerinnen gelernt ?**

Rocío Silva-Santisteban: Ich habe viel gelernt, zum Beispiel Führungsstile, die ich vorher noch nicht kannte. Ich kann nun auch die vielen persönlichen Schwierigkeiten verstehen, die viele dieser Gemeindeführerinnen hatten, um vorwärts zu kommen: Schwerwiegende persönliche Schwierigkeiten, viele mussten sich von ihren Ehemännern trennen, in eine andere Stadt ziehen oder an einem anderen Ort ein neues Leben beginnen.

*Interview: Lili Essenwanger*

## 6. „Wir Latina-Mütter übernehmen eine Brückenfunktion“

*Eine peruanische Sozialunternehmerin in Berlin.*

*250 Mitglieder hat der Verein „MaMis en Movimiento e.V.“. In Berlin führt er neun Projekte für Migrantinnen und ihre Kinder durch. Gegründet wurde MaMis e.V. vor sieben Jahren von neun Latinas. Unter ihnen die Peruanerin Marita Orbegoso, die auch Geschäftsführerin des Vereins ist.*

2018

**Infostelle Peru: Marita, erzählst du uns erst mal ein wenig von Deinem Hintergrund in Peru. Wie bist du da aufgewachsen? Was hat Dich geprägt?**

Marita Orbegoso: Ich bin in einem tollen Jahr geboren, 1968. Da gab es in Peru verschiedene Wechsel. Und das hat mich geprägt, die Revolution 1968. Ich bin somit mit dieser Transformation geboren und das war mir immer sehr bewusst. Das heißt auch, sich nicht mit dem Status quo zufrieden zu geben und nicht immer nur Dinge zu kritisieren.

Bis ich 11 Jahre alt war, kannte ich die Anden meines Landes nicht. Ich spürte vorher eine totale Traurigkeit und Leere und ich wusste nicht, woher das kam. Ich passte nicht wirklich in meine Familie rein, und auch nicht in die Gesellschaft und in die Schule, die ich kannte. Ich bin in einer sehr konservativen Familie aufgewachsen.

Ich kannte schon andere Orte in Peru, Arequipa, wo meine Mutter aufgewachsen ist, oder Cajamarca, wo mein Vater herkam. Aber erst als ich das erste Mal das Departament Ancash besuchte, hatte ich das Gefühl, die richtigen Anden kennen zu lernen. Ich hatte das erste Mal das Gefühl, Peruanerin zu sein, zu merken, dass hier verschiedene Sprachen gesprochen werden, und mit der Tradition in den Kontakt zu kommen. Die Begegnung mit dem Leben in den Anden war ausschlaggebend, dass ich später Lehrerin wurde. Seit ich 14 Jahre bin, habe ich in Bildungsprojekten gearbeitet: Projekte entwickeln, Seminare planen und durchführen; Bildung ist somit ein wichtiger Teil von mir. Zuletzt arbeitete ich in Lima im Bildungsministerium.

Nach Berlin kam ich 2005, um einen Master in öffentlicher Verwaltung zu studieren.

Der Master hat mir sehr gut gefallen, auch wenn er sehr europazentriert war, denn zu dem Zeitpunkt hatte ich vor, wieder nach Peru zurückzugehen. Dann lernte ich aber zwei Monate vor der geplanten Rückkehr meinen heutigen Mann kennen und entschied zu bleiben und eine Familie zu gründen. 2008 kam unsere Tochter Rosalinda zur Welt.

**Infostelle: Wie fing dann alles mit MaMis (MaMis en Movimiento) an?**

Marita Orbegoso: Als ich nach Deutschland kam, interessierten mich schon immer die Themen der Migration. Ich bewegte mich viel auf Spielplätzen, Kindercafés, Kindergärten und traf viele spanischsprachige Frauen. Wir hatten viel gemeinsam, eine ähnliche Migrationsgeschichte, wir waren alle Akademikerinnen, aber gerade in einer Babypause. Aber im Hintergrund war immer, wie wir wieder in unseren gelernten Berufen arbeiten könnten. Zu dem Zeitpunkt führte ich eine Forschung durch und konnte feststellen, dass es für diese lateinamerikanische Akademikerinnen keine Angebote gab. Wir sahen unsere Kinder als Motor, uns zu organisieren. Und somit kamen wir schnell auf das Thema Migration und Mutter. Zweisprachigkeit und Partizipation, das sind die Hauptlinien, die es bis heute in MaMis gibt.

Ich hatte zu dem Zeitpunkt sehr viel Energie und viel Zeit und auch viele Ideen. Die Themen, die wir mit den anderen Müttern besprachen, waren: Was passiert mit der Sprache unserer Kinder? Was passiert mit unserer Kultur? Welche Transformationen erleben wir als Mütter, wenn wir in der Migration leben? Das waren Themen von Frauen, die in der Gemeinschaft aktiv sein wollten. Seit 2009 habe ich mich mit den Müttern und Institutionen zusammen getan, die hier in der Nähe sind. Zweisprachige Erziehung mit dem Fokus auf die spanische Sprache ist kein Zweig, der Geld bringt. Somit haben wir von Anfang an darauf gesetzt, dass diese Kurse durch Eigenfinanzierung laufen.

2018

Und das ist bis heute so.

**Infostelle Peru: Du betonst sehr, dass Ihr bei Mamis Akademikerinnen („profesionales“, also Frauen mit einer qualifizierten Berufsausbildung) seid. Warum ist Euch das so wichtig, und können auch Frauen bei Mamis mitmachen, die keine Ausbildung haben?**

Marita Orbegoso: Es ist ein Klischee, dass lateinamerikanische Frauen mit guter Ausbildung immer aus der Mittel- oder Oberschicht kommen. Und andererseits gibt es das Klischee der armen, ausgebeuteten Latina-Frau. Dem entsprechen die meisten Latina-Migrantinnen nicht, die meisten haben eine gute Ausbildung in ihrem Heimatland genossen und wollen damit auch anerkannt werden. Bei Mamis machen auch Frauen und Männer mit, die nicht studiert haben, aber die meisten Mitglieder sind Akademikerinnen aus Lateinamerika.

**Infostelle Peru: Wenn ich mir die Website von MaMis anschau, sehe ich sehr viele Angebote. Ich verliere selbst manchmal den Überblick, wo gerade was gemacht wird.....**

Marita Orbegoso: Angefangen haben wir mit selbstorganisierten Musik- und kreativen Kursen in spanischer Sprache für unsere Kinder und Familien. Das ist immer noch ein Teil unseres Angebots, und wird durch die Beiträge der Nutzerinnen und Mitglieder finanziert.

Wenn wir MaMis 2018 anschauen, dann überschreitet die Struktur bereits das Niveau eines Vereins. Wir haben nicht nur den Vorstand, die Geschäftsführerin und Mitglieder, sondern wir führen auch Projekte durch. Wir haben ein Finanzteam, ein Kommunikationsteam und das Zweisprachigkeitsteam. Dann haben wir 14 lokale Koordinatorinnen in 11 Bezirken Berlins. Sie sind die Verbindung zwischen den Mitgliedern und den drei übergeordneten Regionalkoordinatorinnen. Ich als Geschäftsführerin habe Kontakt mit den drei übergeordneten Koordinatorinnen.

Wir knüpfen an den Bedürfnissen der Familien an. Alle Seminare, die wir anbieten, haben einen pädagogischen Ansatz. Jetzt versuchen wir verstärkt in das Thema der politischen Partizipation einzusteigen. Neben den eben genannten Angeboten, beraten wir auch andere Migrantinnenorganisationen, z. B. wie sie ihre Netzwerke ausbauen können, damit sie sich besser positionieren. Wir arbeiten auch mit anderen Bildungseinrichtungen zusammen, also nicht nur mit bilingualen deutsch-spanisch-sprachigen Kitas, sondern auch mit anderen zweisprachigen KITAS. Letztes Jahr haben wir auch angefangen, mit deutschen Kitas zusammen zu arbeiten, um den Fokus der Interkulturalität zu stärken.

Fast alle Projekte, die wir durchführen, sind Kooperationen mit anderen Einrichtungen. In Pankow und in Hellersdorf arbeiten wir eng mit den Integrationsbeauftragten der Bezirksämter zusammen. Für uns ist die Netzwerkarbeit sehr wichtig. Momentan arbeiten wir mit ca. zehn anderen „Plattformen“ zusammen. Momentan arbeitet MaMis e.V mit zehn Festangestellten und mit acht festen Honorarkräften.

**Infostelle Peru: Was bedeutet diese Arbeit für die Integration für Deutschland? Was sagen Dir die Teilnehmenden über Euer Angebot?**

Marita Orbegoso: Viele Migrantinnenorganisationen sind schon viel älter als wir, haben aber nicht so starke Partizipationsmöglichkeiten und entwickeln sich kaum weiter. Wir können somit auf jeden Fall mit positiven Ideen und Beiträgen zur Integration und Koexistenz in Berlin beitragen. Der Staat

2018

erreicht oft die Migrant\_innen nicht. MaMis übernimmt somit oft die Arbeit, die eigentlich die Arbeit des Staates sein sollte, wie viele Migrantenselbstorganisationen.

**Infostelle Peru: Wie siehst du die jetzige Situation in Deutschland, mit der Anzahl von Geflüchteten?**

Marita Orbegoso: Es ist eine Herausforderung. Es sind viele Menschen mit unterschiedlichen Kulturen, viele sehr gut ausgebildet. Es ist eine Verantwortung, die wir alle tragen. Und ich glaube nicht, dass sich alle Menschen an Deutschland anpassen müssen, sondern Deutschland sollte wenigstens für eine Europäische Eingliederung vorbereitet sein. Das bedeutet multilingual sein. Das heißt, nicht einfach nur deutsch zu lernen, das ist eine Vision des 18. Jahrhunderts. Ich glaube, wir als Migrant\_innen können eine wichtige Rolle in der Zukunft spielen. Wir sind keine Geflüchteten, aber wir haben eine Migration durchgemacht. Wir übernehmen somit eine Brückenfunktion, so verstehe ich MaMis.

**Infostelle Peru: Du hast die letzten 9 Jahre nichts anderes gemacht, als Dich bei MaMis zu engagieren. Wo bist Du da persönlich geblieben?**

Marita Orbegoso: Ich hab´ einen tollen Mann, der mich unterstützt, und auch eine Tochter, die mich in dem ganzen Prozess begleitet hat. Die beiden geben mir die Energie, die ich brauche. Ich unterstütze gerne den Prozess der Gemeinschaft, aber ich muss nicht das Zentrum sein. Wie lange muss ich also präsent sein, bis der Prozess alleine weitergeht? Es soll nicht von mir abhängen.

**Infostelle Peru: Eine letzte Frage, wie siehst du die Zukunft für Dich? Für MaMis? Siehst du Dich in Peru oder in Deutschland?**

Marita Orbegoso: Ich bin wirklich glücklich in Berlin. Ich passe mich aber an alles an. Was ich habe, habe ich, was ich nicht habe, habe ich nicht. Ich möchte mit den MaMis gerne mehr in die Bildungspolitik reinkommen. Ich kann mir nur vorstellen außerhalb Berlins zu sein, wenn es Winter ist. Dann stelle ich mir Peru vor, Pozuzo und Oxapampa. Dort, wo es warm ist, also der Anfang des Regenwaldes mit viel Grün und viel Vegetation.

*Das Interview führte Kerstin Kastenholz*

*Die Webseite des Vereins MaMis en movimiento e.V.: <https://www.mamisenmovimiento.de/>*

## **7. Mit langem Atem. 40 Jahre Peru-Solidarität**

*Mit folgendem Beitrag über die Geschichte der Peru-Solidarität möchten wir einladen zu einer Diskussion darüber, wie Solidarität zwischen Peru und Deutschland heute aussehen kann. Bitte benutzen Sie rege die Kommentarfunktion am Ende des Textes.*

***Die Anfänge der Peru-Solidarität** in der damaligen BRD liegen zu Beginn der 2. Hälfte der 1970er Jahre, als in Deutschland gesellschaftlicher Aufbruch und Radikalenerlass angesagt war, in Peru eine Militärregierung des gesellschaftlichen „Dritten Wegs“ abgelöst wurde, in mehreren Ländern Lateinamerikas brutale Militärdiktaturen die Macht übernahmen bzw. absehbar bald übernehmen sollten und sich gleichzeitig Widerstand und Guerilla formierten.*

2018

Politisch denkende Menschen, die in Peru gelebt und gearbeitet hatten oder von dort stammten, Peru-Fans und Entwicklungszusammenarbeit-Rückkehrer aus München, Tübingen, Frankfurt, Stuttgart, Berlin usw. trafen sich mehrmals im Jahr um die Entwicklungen in Deutschland und in Peru zu besprechen. Dem Freundeskreis war ausnahmslos klar, dass **Veränderungen zum Besseren dort** auf Dauer nur erreicht werden können, **wenn sich strukturell hier die Dinge ändern**, und dass von vornherein eine deutschland- und europaweite Vernetzung mitgedacht und angesprochen war. Der Einsatz speziell *für Peru* erfolgte, neben der emotionalen Bindung, weil die Akteure hier ihre jeweils ganz besonderen persönlichen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Menschen und die Sache einbringen konnten. Das war eine politische Entscheidung, sich – trotz der Kenntnis der Vorgänge in den Nachbarländern – auf Peru zu konzentrieren.

Sie gründeten in deutschen Städten Gruppen, um **Peru ins deutsche Bewusstsein zu rücken**, dortige Debatten und Phänomene (Revolution á la Moskau oder Mao, Kuba, Gewerkschaftskämpfe, Educación Popular, Theologie der Befreiung, US-Einmischung in Lateinamerika) einzubringen bzw. offizielle Informationen durch eigene Artikel, Publikationen (z.B. Peru-Report, Peru-Informationen) und Vorträge zurechtzurücken

Als **aus bereits mehr als 20 Städten** (Hamburg, Bielefeld, Osnabrück, Oldenburg, Freiburg, Giessen, Bremen, Essen, Heidelberg, Göttingen und andere waren dazu gekommen) Aktive zu den **Perugruppentreffen** kamen, wurde **1991 in Bonn die Informationsstelle Peru e.V. als Netzwerk gegründet**, um rechtsfähig zu sein und die Arbeit durch Zuschüsse, Verträge und eine halbe Stelle abzusichern und gleichzeitig auf eine breitere Basis stellen zu können. Später war der Sitz der *Infostelle* in Hamburg und seit 1996 in Freiburg. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt.

Obwohl Anhänger politischer Parteien Perus in den Solidaritätsreihen waren, einigte man sich darauf, die Infostelle **nicht zur Repräsentant:in von Parteien** werden zu lassen. Man wollte in Deutschland nicht die Spaltungen und Streitigkeiten der damaligen Linken Perus reproduzieren, sondern **parteiisch mit der Bevölkerung und Sprachrohr für deren Anliegen, Kämpfe und Forderungen** sein.

Eine deutliche Krise und Zäsur erfuhr die gemeinsame Arbeit der Perugruppen dadurch, dass einerseits **Sendero Luminoso und später MRTA die deutsche Perusolidarität durch Abgesandte vereinnahmen wollten** und andererseits bei hier lebenden [Peruan@s](#) und perubegeisterten Deutschen die Verlockung groß war, die Revolution in Peru herannahen zu sehen und zu glorifizieren. Letztlich blieben diejenigen weg, die alle anderen dazu bringen wollten, SL oder MRTA zu folgen.

Bildeten zu Beginn die Gruppen die Infostelle, lösten sich später Gruppen auf und verschwanden. Dass hier die Peru-Arbeit weitergehen konnte, hat mit der Infostelle zu tun. Die Solidaritätsarbeit wurde die Angelegenheit der Infostelle, sie bildete für die verbliebenen Gruppen und viele engagierte Einzelpersonen ein Netzwerk. Das jährliche Peru-Seminar in Köln ist für viele Aktive und Interessierte eine wichtige Möglichkeit, sich zu treffen, auszutauschen und zu informieren. Dass die Infostelle noch existiert und gute Dienste leistet, wird jährlich mit viel Aufwand erstritten.

Themen, erforderliche Kampagnen und Unterstützungsbedarf drängten sich seit den Anfängen förmlich auf: **Gegen deutsche Waffenexporte, für Fairen Handel, für den Regenwald und die Menschen dort; Kampagne Koka ist kein Kokain, Unterstützung der Bauerngewerkschaft**

2018

(CCP) und der Lehrgewerkschaft (SUTEP) sowie anderer Gewerkschaften, solange diese sich nicht durch internen Streit oder Korruption selbst lahmlegten und in der (inhaltlichen) Bedeutungslosigkeit verschwanden.

Angesichts des bewaffneten Konflikts zwischen der Armee und der Guerillaorganisation „Leuchtender Pfad“ musste die **Menschenrechtsarbeit** massiv ausgebaut werden und war jahrelang zentraler Punkt der Soli- und Infostellenarbeit: **Rundreisen** von VertreterInnen der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos, von APRODEH, CEAPAZ und anderen wurden organisiert, Postkartenaktionen z.B. bei Kirchentagen durchgeführt, 1992 die **Europäische Menschenrechtskoordination Plataforma Europa-Peru** mitgegründet und 14 Jahre später eine Europäische Resolution zur Auslieferung Fujimoris nach Peru erreicht. Die Infostelle brachte sich intensiv ein, Mechanismen der Aufdeckung und Aufarbeitung der Verbrechen im Schmutzigen Krieg zu fördern (Comisión de la Verdad y Reconciliación, Lugar de la Memoria), **Informations-, Bildungs- und Lobbyarbeit** für diesen Bereich zu machen und den Bericht der Wahrheitskommission 2008 in Deutsch zu veröffentlichen. Die Menschenrechtsarbeit hat sich verändert, sie umfasst heute verstärkt auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Mitte der 90er Jahre kam die **Kampagne für die Entschuldung Perus** mit intensivem grenzüberschreitendem Einsatz bis zur erfolgreichen **Einrichtung des Gegenwertfonds** in Peru dazu. Die Überschuldung Perus hatte zu massiven Kürzungen der Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich und zum Ausbau des Exports von Bodenschätzen und Agrarprodukten geführt.

Das **Thema Bergbau und Gold** war schon immer ein Thema der Arbeit. Als die Ressourcen in Peru durch in- und ausländische Konzerne immer stärker geplündert wurden, beteiligte sich die Infostelle 2004 an der Gründung der **Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“** und ist seither juristischer Träger dieser Kampagne. Neben der Infostelle wird sie von Peru-Partnerschaftsgruppen, Hilfswerken und den Referaten Weltkirche einiger Diözesen getragen. Sie arbeitet mit einer ebenso prekär bemessenen Personalstelle und viel Ehrenamtlichkeit wie die Infostelle und hat die Bergbaupolitik in Peru im Fokus. Durch Veranstaltungen, Rundreisen von Vertreter\*innen bergbaukritischer Organisationen, Filme und Ausstellungen macht sie auf die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des Bergbaus und die Verantwortung aufmerksam, die wir durch unsere Wirtschafts- und Lebensweise für diese Probleme haben.

Immer wieder thematisierte die Infostelle die **Politik deutscher Firmen in Peru** und organisierte Aktionen, um Proteste (wie gegen BAYER) zu unterstützen.

Auch **Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit** wurden kritisch beleuchtet.

**Gegen den Freihandelsvertrag der EU mit Peru und Kolumbien** wurden zunächst Briefe an Europa-Parlamentarier, schließlich zusammen mit 45 Organisationen offene Briefe an Europaparlament, Bundestag und Bundesrat geschrieben. Fehlende verbindliche Regelungen für die Wahrung der Menschenrechte, die Festigung der Rolle Kolumbiens und Perus als Rohstoffexporteure, die Bedrohung kleinbäuerlicher Betriebe und der Ernährungs-Souveränität durch die Abschaffung von Einfuhrzöllen, die Erleichterung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung, das Verbot von Saatgut-Tausch und Generika-Produktion waren der Grund, die Abgeordneten zur Ablehnung der Ratifizierung aufzufordern. Die Ablehnung der Ratifizierung

2018

scheiterte an der sozialdemokratischen Landesregierung von Hamburg.

Immer größere Bedeutung bekam in den letzten Jahren der **Schutz des amazonischen Regenwaldes und die Verteidigung der (Land-)Rechte seiner Bewohner**. Durch die Auseinandersetzungen um den Klimawandel ergaben sich hier auch neue Kooperationsmöglichkeiten mit Umweltorganisationen.

Über die Infostelle gelang es immer wieder, **Persönlichkeiten aus sozialen Bewegungen und Politik** in Peru zu den bundesweiten Treffen der Perugruppen und den späteren **Peru-Seminaren** einzuladen und mit ihnen über Schwerpunkte und grundsätzliche Ausrichtung der Solidaritätsarbeit zu reden. Die Struktur auf Bundesebene ermöglichte es ihnen, sich in der BRD zu präsentieren und das in die peruanischen Medien zu bringen, was Prestige und gleichzeitig Schutz bedeutete. Ob Kulturschaffende (Theatergruppe Yuyachkani, Susana Baca), Politiker wie Javier Diez Canseco, Alfonso Barrantes, Hugo Blanco, Bauern- und Lehrgewerkschafter, VertreterInnen der arbeitenden Kinder; Soziologen, Klimatologen, Landwirte und Landwirtschaftswissenschaftler, BasisvertreterInnen aus Elendsvierteln, bergbaukritische Organisationen, Kirchenvertreter – bei den Treffen kamen sie zu Wort und reisten anschließend bundesweit zu Veranstaltungen.

Unterschiedlich gut gedieh die erstrebte inhaltliche Vernetzung der Gruppen in ihrer Kommune und mit deutschen Basisbewegungen. In einigen Städten konnten **Städte- oder Klima-Partnerschaften** aufgebaut werden, die längerfristige Beziehungen sicherstellen.

Im Lauf der Jahrzehnte haben sich im zwischen katholischen Gemeinden hier und peruanischen Kirchengemeinden Partnerschaften gebildet, schwerpunktmäßig in der Erzdiözese Freiburg durch deren Partnerschaft mit der peruanischen Kirche. Kirchenpolitik und politische Entwicklung in Peru trugen zur Politisierung der Partnerschaftsgruppen bei, die teils ihre fortschrittlichen Partner in Peru verloren. Die **Annäherung und Kooperation zwischen den kirchlichen Partnerschafts- und den Solidaritätsgruppen** wuchs. Heute hat die Infostelle gute Kontakte zu vielen Partnerschaftsgruppen und wird von ihnen unterstützt.

*Trudi Schulze*

## **8. Unter Beobachtung: 5 Jahre Freihandelsvertrag Peru mit der EU**

*Eine Delegation der Außenhandelskommission des Europaparlaments besuchte im Februar 2018 Peru, um Bilanz zu ziehen nach 5 Jahren Freihandelsvertrag zwischen der EU und Peru/Kolumbien. Die Meinung der Delegierten war dabei durchaus gespalten: während Delegationspräsident Bernd Lange von der SPD vor allem die für Peru positive Handelsbilanz betonte, und den wachsenden Anteil an Agrarprodukten (v.a. die andinen „Superfoods“), die Peru nach Europa exportiert, so sah der linke Abgeordnete Helmut Scholz vor allem die kritischen Seiten: Peru liefert, wie schon zur Kolonialzeit, Rohstoffe in die EU, die dort weiterverarbeitet werden und in Form von Maschinen oder Arzneimitteln wieder nach Peru zurückexportiert werden. Kritisch anzumerken sind auch die nicht erfüllten Arbeits- und Umweltnormen, die im Freihandelsvertrag festgelegt sind.*

2018

## **Erfüllt Peru seine rechtlichen Verpflichtungen?**

Vor fünf Jahren trat der Freihandelsvertrag der EU mit Peru und Kolumbien provisorisch (er war noch nicht von allen EU-Staaten ratifiziert) in Kraft. Ursprünglich sollte er mit allen Staaten der Andengemeinschaft geschlossen werden, aber Bolivien und Ecuador waren nicht bereit, die Vertragsbedingungen zu akzeptieren, und stiegen aus den Verhandlungen aus. (Inzwischen hat Ecuador den Wunsch geäußert, dem Freihandelsvertrag beizutreten).

In ganz Europa hatten sich NGOs gegen diesen Vertrag gewehrt. In Deutschland wandten sich zuletzt 46 Organisationen, neben vielen Nord-Süd-Solidaritäts-Gruppen auch Hilfswerke, katholische Verbände, globalisierungskritische und Umwelt-Organisationen, an den Bundesrat mit der Forderung, den Vertrag nicht zu ratifizieren. Die Hauptargumente: Das Abkommen werde die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme in Peru und Kolumbien verschärfen und die politischen Handlungsspielräume der Parlamente beschneiden. Es enthalte keine verbindlichen Menschenrechts- und Umweltstandards und solle den europäischen Unternehmen freien Zugang zu den Rohstoffen in Kolumbien und Peru verschaffen. Die Existenz von Kleinbauern in diesen Ländern würde durch den freien Marktzugang für subventionierte Agrarprodukte aus der EU gefährdet. Durch den „Schutz geistigen Eigentums“ werden Patente von Konzernen geschützt, wird die Herstellung von Generika, günstigen Medikamenten, und der Tausch von Saatgut verboten.

Nach der Ratifizierung des Vertrags nahmen sich NGOs in Peru, Kolumbien und in Europa vor, die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag und die Folgen der Umsetzung des Vertrags zu beobachten.

## **Erfüllt Peru die Verpflichtungen des Vertrags?**

Im Oktober 2017 präsentierten europäische und peruanische zivilgesellschaftliche Organisationen der Europäischen Kommission in Brüssel eine Beschwerde über die Nichterfüllung von Verpflichtungen des Freihandelsvertrags im Bereich der Arbeits- und Umweltstandards durch Peru.

In dem Papier werden Verpflichtungen aus dem Vertrag zitiert und durch verschiedene Beispiele belegt, dass Peru diese nicht erfüllt. Der peruanische Staat war und ist offenbar nicht in der Lage (und nicht willens?), die Beachtung seiner eigenen Gesetze und internationaler Arbeits- und Umwelt-Normen durchzusetzen.

### **1. Arbeitsrechtliche Normen**

Im Artikel 269 des Vertrags verpflichten sich die Vertragsparteien, „die Entwicklung des internationalen Handels auf eine Art zu fördern, die zu produktiver Beschäftigung und würdiger Arbeit für alle beiträgt“. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat würdige Arbeit als Ziel und formuliert als Bedingungen: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Würde. Im Vertrag verpflichten sich die Parteien, die Normen der ILO in ihren Gesetzen und in der Praxis anzuwenden und diesen Schutz nicht zu reduzieren.

In der Beschwerde wird festgestellt, dass Peru permanent und systematisch gegen diese Normen verstößt. Dabei verweist sie zunächst auf die speziellen Arbeitsgesetze für Textil und Bekleidung sowie Landwirtschaft. Dort geht es um das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und die Möglichkeit, eine produktive und würdige Arbeit zu bekommen. Außerdem unternimmt die Regierung nichts gegen die Norm-Verstöße in Firmen, die am Handel mit Europa beteiligt sind:

2018

Auch hier geht es um die Gewerkschafts-Freiheit.

Das „**Gesetz der nicht-traditionellen Exporte**“ (DL Nr. 22342) von 1978 hatte zum Ziel, einen Anreiz für wachsende Investitionen im Bereich **Textil und Bekleidung**, beides für den Export, zu bieten. Die Unternehmen konnten temporäre Arbeitsverträge abschließen – einfacher als im normalen Arbeitsrecht, das hierfür einen berechtigten Grund fordert. Als Folge gibt es in diesem Bereich Arbeitskräfte, die über viele Jahre ununterbrochen mit immer neuen kurzfristigen Verträgen beschäftigt sind. So wird gewerkschaftliche Arbeit behindert, außerdem werden Verträge gewerkschaftlicher Aktivisten oft nicht erneuert.

#### **Beispiele:**

**Topy Top**, eine der wichtigsten Textil-Exportfirmen, beschäftigt 4.700 Arbeitskräfte. Die Firmenleitung versuchte die wegen niedriger Löhne und langer Arbeitszeiten 2007 gegründete Gewerkschaft des Betriebs zu schwächen und zu eliminieren, indem sie die Verträge von Gewerkschaftsmitgliedern nicht mehr erneuerte. Trotz Bestrafung setzte die Firma diese Praxis auch in den letzten Jahren fort.

Ähnliche antigewerkschaftliche Praktiken werden in der Beschwerde aus den Textil-Firmen **Hilandería de Algodón Peruano** und **Creditex** berichtet.

Gegen Ende 2000 wurde das „**Gesetz zur Förderung des Agrarsektors**“ (Nr. 27360) verabschiedet. Im allgemeinen Arbeitsrecht sind 30 bezahlte Urlaubstage geregelt, für diesen Bereich sind es nur 15 Tage. Die Entschädigungszahlung bei Entlassung beträgt hier nur ein Drittel der Entschädigung in anderen Arbeitsbereichen. Da auch hier viele Arbeitskräfte nur temporär beschäftigt sind, ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig. Nur 16,9 % der Arbeitskräfte haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag, in anderen Bereichen sind es 20 Prozentpunkte mehr. Während der durchschnittliche Monatslohn in anderen Bereichen 2016 bei 2.271 Soles lag, betrug er im Agrarsektor 1.317 Soles.

#### **Beispiele:**

**Camposol** ist eine der größten Agrarfirmen Perus und beschäftigte 2016 12.000 Arbeitskräfte. Seit der Gründung der Betriebsgewerkschaft 2007 setzte die Firma die Vorsitzenden und Mitglieder unter Druck. Auch hier wurde die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge nicht wieder zu erneuern, zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Arbeit benutzt. 2013 benutzte sie die juristische Verfolgung von Arbeitskräften, die an Streiks beteiligt waren, um die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu behindern: die Streikaktion hätte Firmeneigentum beschädigt. Streikbeteiligte und Gewerkschaftsmitglieder wurden entlassen (2014).

Auch in der Firma **Sociedad Agrícola Virú** wurde die gewerkschaftliche Arbeit behindert. Nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitskräfte bekamen höhere Bonus-Zahlungen, auch hier wurden Gewerkschaftsmitglieder durch die Nicht-Erneuerung von Arbeitsverträgen diskriminiert.

Auch durch **Bergbau-Firmen** wurden arbeitsrechtliche Normen verletzt.

So weigerte sich die chinesische Bergbaufirma **Shougang**, kollektive Verhandlungen mit den Beschäftigten über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu führen. Des Weiteren wird der Firma vorgeworfen, sie habe irreguläre Verträge mit Arbeitskräften über Subunternehmen abgeschlossen, eine diskriminierende Lohnpolitik betrieben und Gesundheits- und

2018

Sicherheitsvorschriften missachtet.

## 2. Umweltrechtliche Normen

Im Kapitel „Handel und nachhaltige Entwicklung“ des Handelsvertrags sind Umweltfragen geregelt, darunter Aspekte wie biologische Diversität, Klimawandel und Forstprodukte. Hier wird die Bedeutung geschützter Gebiete und des Wohlergehens der Bevölkerung dieser Gebiete anerkannt. Im Artikel 277 ist geregelt, dass keine Vertragspartei Anreize für Handel und Investitionen durch eine gesetzliche Reduzierung des Schutzes bietet.

Genau dies aber hat Peru getan: Zur Förderung von Investitionen wurden die Umweltstandards flexibilisiert und deutlich reduziert.

So war das Ziel des **Decreto Supremo Nr. 054-2013-PCM** vom Mai 2013 die Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften für Investitionsprojekte, das betraf auch die vorgeschriebenen Studien zu den Umweltauswirkungen (EIA) eines Projekts. So konnten bestimmte vorgesehene Prozess-Schritte (Abänderungen, Aktualisierung der technischen Machbarkeitsstudien, informierte Beteiligung der Bevölkerung...) umgangen werden. Es wurden durch eine offene und undefinierte Bestimmung einer „nicht signifikativen Umweltauswirkung“ die Regelungsinstrumente entwertet.

Ergänzt wurde das genannte Dekret durch das **Decreto Supremo Nr. 60.2013-PCM** (2013), das zur Förderung von Investitionen u.a. spezielle Regelungen für die Verwaltungsabläufe festlegte.

Durch das **Gesetz Nr. 30230** (2014) wurde die Überwachung der Umweltauswirkungen eingeschränkt:

So wurde im Falle der Mine **Las Bambas (Apurímac)** unter Anwendung der Instrumente zur Vereinfachung des Verfahrens die Verlegung einer Molybden-Fabrik präsentiert und vom Ministerium für Energie und Minen genehmigt, die fehlende Kommunikation mit und Beteiligung der Bevölkerung brachte einen von Gewaltanwendung begleiteten Konflikt mit den Gemeinden in diesem Gebiet hervor. Der staatlichen Behörde zur Evaluierung und Überwachung von Umweltauswirkungen (OEFA) wurde die Möglichkeit genommen, Sanktionen zu verhängen. Das hat Anreize für die Firmen geschaffen, die Umweltnormen **nicht** einzuhalten. Die Zahl der Nichteinhaltung der Vorschriften durch Öl-, Fischerei- und Bergbau-Firmen stieg drastisch an. Die drastischsten Konsequenzen der eingeschränkten Möglichkeiten der OEFA kann man am Beispiel der leck geschlagenen Ölleitungen (2016: 12) und der Auswirkungen auf die Umwelt und die indigene Bevölkerung im Amazonas-Gebiet sehen.

Durch das **Decreto Supremo Nr. 039-2014-EM** wurden die Umweltstandards und die Vorschriften zur Beteiligung der Bevölkerung herabgesetzt.

Durch das **Decreto Legislativo Nr. 1192 (2015)** wurde der Erwerb und die Enteignung von Immobilien, die Übertragung von Immobilien des Staates und die Abschaffung von Einmischung für die Ausführung von Infrastrukturarbeiten geregelt. Die Enteignungen werden mit „öffentlichem Interesse“ (necesidad publica) begründet.

Das **Decreto Legislativo Nr. 1333 (2015)** erleichtert den Zugang zu Grundstücken für prioritäre Investitions-Projekte u. a. in den Bereichen Infrastruktur, Bergbau, Ölförderung, Transport, Elektrizität und Landwirtschaft.

2018

Durch das **Decreto Legislativo Nr. 1292** wurde die Ölleitung Nor Peruano zum nationalen Interesse erklärt, dadurch kann der Staat die zum Bau der Leitung notwendigen Flächen leichter erwerben. Das Land der Bauerngemeinschaften kann ohne vorherige Befragung (consulta previa) der Betroffenen enteignet werden.

Die Beschwerde führt an einigen Beispielen – **Gasleitung Sur Peruano, Pluspetrol und Cerro Tamboraque (Nyrstar)** – aus, welche Konsequenzen diese verschiedenen Dekrete für die Umwelt und die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung haben.

### **Was soll mit der Beschwerde erreicht werden?**

Ziel der Präsentation der Beschwerde war, die Europäische Kommission aufzufordern, Peru an seine Zusagen im Freihandelsvertrag zu erinnern. Von den Befürwortern des Vertrags wurde ja immer auf diese Zusagen verwiesen.

Wie ernst es den Beteiligten mit diesen Zusagen war und ob es nicht doch bei dem Vertrag, wie von den Kritikern behauptet, lediglich um den Zugang zu den Rohstoffen Perus und seinen Absatzmärkten für europäische Produkte ging, wird sich an der Reaktion der Kommission (und des Europaparlaments) zeigen. Die Informationsstelle Peru wird sich im Rahmen ihrer Mitarbeit in der Plataforma Europa-Peru und in Kooperation mit interessierten Organisationen in Deutschland weiter mit dem Thema beschäftigen.

*Jimi Merk*

*Hier kann die Beschwerde der europäischen NGOs zum Freihandelsvertrag eingesehen werden*  
[QuejaIncumplTLC UE-Peru 2017](#)

*Welche Themen und Schwerpunkte sollte die Solidarität zwischen Peru und Deutschland heute haben ? Bitte benutzen Sie die Kommentarfunktion.*

*Einen Einblick in die Anfänge der Solidaritätsarbeit in den 68-ern gibt auch folgendes Interview mit Jimi Merk und Christian Neven du Mont*

<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/ueber-1968-reden-mit-solidaritaet-gibt-es-heute-noch-150241514.html>

## **9. Die Linke in Peru**

*In diesem Beitrag nimmt Andreas Baumgart eine Einordnung der Linken in das politische und soziale Panorama der peruanischen Gesellschaft vor und stellt kurz deren wichtigsten Organisationen vor.*

Schaut man sich die Linke in Peru an, hat man es, wie in vielen Regionen dieser Welt, mit einer großen Bandbreite an lokalen, regionalen und nationalen Zusammenschlüssen verschiedenster Art und Dimension zu tun. Unter den Begriff „Linke“ fallen alle Zusammenschlüsse und Einzelpersonen, die eine sozial gerechtere Gesellschaft anstreben, sich gegen die vielen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung engagieren und sich im weitesten Sinn auf die historische Tradition der emanzipatorischen sozialen Bewegungen des Kommunismus, Sozialismus, Neuer Linken oder Sozialdemokratie beziehen. Sie streben eine Umverteilung des Reichtums und

2018

unterschiedliche Formen der direkten Teilhabe an der ökonomischen und sozialen Gestaltung des Landes an.

Nicht alle zivilgesellschaftlichen Aktivist\*innen und Gruppierungen engagieren sich im Rahmen der Linken oder verstehen sich als links. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich neue Bewegungen in Abgrenzung zu linken Parteien entwickelt, die inhaltlich vielfach auch linke Vorstellungen vertreten, sich selbst aber eher als unabhängige, aktive und kritische Bürger\*innen einer modernen Zivilgesellschaft verstehen. In den jüngeren Ein-Punkt-Bewegungen, immer öfter organisiert in „Colectivos“ wie z.B. #NiUnaMenos\*, kämpfen sie häufig gemeinsam mit Menschen aus dem linken Spektrum und je nach Interesse für andere lebensweltliche Perspektiven.

Harmonisch ist das nicht unbedingt. So gibt es innerhalb des breiten linken Spektrums Gruppierungen, die die LGTB-Bewegung (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) unterstützen, während andere diese grundsätzlich ablehnen. Ähnlich sieht es mit dem Feminismus aus. Schon in den 80ern und 90ern haben Frauen in Scharen linke Parteien verlassen und sich eigenständig feministisch organisiert, weil ihre emanzipatorischen Anliegen nur als „sekundäre Widersprüche“ im Klassenkampf um die neue Gesellschaft galten. Ebenso fühlten sich viele indigene Gemeinschaften und deren Zusammenschlüsse von linken Parteien weder verstanden noch vertreten. Die Kommunistische Partei Perus, alias „Sendero Luminoso“, die sich rasch als Terrororganisation entpuppte, ging soweit, einen regelrechten Vernichtungskrieg gegen Gemeinschaften der Asháninka zu entfachen, deren unverstandene Lebensweise sie als „fortschrittsfeindlich“ und „primitiv“ einstufte.

Man darf aber auch nicht vergessen, dass seit dem internen bewaffneten Konflikt und dem Terror Senderos, alle Ideen und Aktivitäten, die auch nur im entferntesten im Kontext von Sozialismus, Kommunismus, von Vergesellschaftung, Arbeiter-, Bauern- und Minderheitenrechten, direkter Demokratie und Gewerkschaften standen, das Label „Terrorismus“ angeheftet bekamen und unzählige Aktivist\*innen politisch verfolgt und ihrer Freiheit beraubt wurden. Vor diesem Hintergrund ist nur allzu verständlich, wenn sich starke Berührungsängste zur Linken entwickelt haben und vielfach noch bestehen.

Man hat der peruanischen Linken immer vorgeworfen, vom Spaltpilz befallen zu sein. Und leider hat sich auch das parlamentarisch starke linke Bündnis Frente Amplio nach unversöhnlichen Konflikten in zwei parlamentarische Gruppen aufgespalten: Frente Amplio und Nuevo Peru. Andererseits kann man schon froh drüber sein, dass es noch nicht mehr Brüche sind. Die Linke ist eben auch nur ein Kind einer ausgesprochen heterogenen Gesellschaft, die durch unterschiedlichste Lebenswelten, vielfach patriarchale und autoritäre Traditionen, Erfahrungen, Einstellungen und Lebensweisen gekennzeichnet ist und die von ursprünglichsten gemeinschaftlichen Traditionen indigener Gruppen bis hin zum Lifestyle vereinzelter, moderner metropolitaner Individuen reicht.\* Dazwischen gibt es hunderte lebensweltliche Facetten. Mitten durch die linken Organisationen und quer dazu liegen die häufig gegensätzlichen und unversöhnbar scheinenden Ausdrucksformen.

Die große Anzahl linker Parteien erklärt sich, neben dem traditionellen „Caudillismo“\* und ursprünglich unterschiedlicher Programmatik, auch durch längst überholte politische Traditionen, soziale, ethnische, klassenmäßige und lokale Herkunft bis hin zum Geschlecht und Gender der Mitgliedschaft und deren Parteiführungen. Rassistische Vorurteile und Verhaltensweisen, mögen sie in der Linken subtiler wirken als in reaktionären Kreisen, führen ebenso wie biografische

2018

Erfahrungen von Diskriminierung und Demütigung zu Misstrauen und Ablehnung. Schaut man sich ausschließlich die Programme linker Parteien an, wird man die Spaltungen nur bedingt verstehen. Die Programme der linken Bündnisse haben sich in den letzten 20 Jahren stark angenähert. Alle setzen auf Formen der Basisdemokratie und nehmen Themen und Anliegen der verschiedensten Interessensgruppen auf. Der große Unterschied liegt in der Konsequenz der programmatischen Umsetzung und der Gewichtung der Themen in der politischen Praxis. Auch wenn sich z.B. alle Parteien und Bündnisse gegen die ökologische Zerstörung und Verdrängung der ländlichen Bevölkerung durch den ständig expandierenden Rohstoffabbau aussprechen, steht oftmals das praktische Verhalten gegenüber den Konzernen in deutlichem Widerspruch zu dieser Programmatik. So bleibt nicht aus, dass Linke andere Linke beschuldigen, fundamentalistische „Anti-Mineros“ zu sein, während die anderen kontern, die ökologischen Anliegen würden nur als Feigenblatt beim wahren Bestreben sein, regional möglichst viel von den kapitalkräftigen Investoren zu profitieren.

Trotz aller internen Defizite, dem historisch antilinken Klima und entsprechender öffentlicher Verdrängung, war es bei den Nationalwahlen 2016 nach drei Jahrzehnten dem eigenständigen linken Bündnis Frente Amplio gelungen, mit knapp 19% der Stimmen auf Anhieb zur zweitstärksten parlamentarischen Kraft zu werden. Ein riesiger Erfolg. In den Jahren nach der Fujimori-Diktatur war die Linke hauptsächlich als Juniorpartner innerhalb der nationaldemokratischen Bewegungen von Toledo und Humala mit einigen Parlamentariern vertreten.

Die linken Abgeordneten verstehen sich als Interessensvertretung und Sprachrohr für all jene, deren Anliegen von den konservativen und ultrarechten Blöcken im Parlament nicht zur Kenntnis, nicht ernst genommen oder gar diffamiert und bekämpft werden. Viele von ihnen kommen aus parteipolitisch nicht gebundenen zivilgesellschaftlichen Kollektiven (Colectivos), neuen linken Gruppierungen und regionalen Bewegungen und profilieren sich jetzt als engagierte Vertreter\*innen derer Interessen. Ihr aktuell größtes Projekt ist die Durchsetzung einer basisdemokratisch erarbeiteten neuen Verfassung, die den inhaltlichen und verfassungsmäßigen Rahmen für die von ihr angestrebten Veränderungen in Peru bilden soll. Dazu soll in den nächsten Wochen ein zweiter Amtsenthebungsversuch gegen Präsidenten Kuczynski gestartet werden, diesmal die Linke gemeinsam, um die Bedingungen für die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung zu schaffen.

Kurzer Überblick über die linken Parteien und Bündnisse

Frente Amplio: Wird im wesentlichen nur noch durch die Partei Tierra y Libertad gebildet. Das Bündnis verfügt derzeit über 10 Abgeordneten im Parlament. Offizieller Repräsentant ist der Abgeordnete Marco Arana. Sprecher der Fraktion ist Wilbert Rozas.

Movimiento Nuevo Peru: Vorher ebenfalls Frente Amplio, im Parlament mit 10 Abgeordneten vertreten. Offizielle Repräsentantin ist die ehemalige Präsidentschaftskandidatin des Frente Amplio, Veronika Mendoza. Sie selbst ist keine Abgeordnete. Auf parlamentarischer Ebene wird Nuevo Peru durch Alberto Quintanilla vertreten. Nuevo Peru sammelt zur Zeit Unterschriften für eine eigenständige Einschreibung ins Wahlregister. Die Gruppe wird vom Partido Socialista del Perú unterstützt, dessen bekanntester Repräsentant der inzwischen verstorbene Abgeordnete Javier Diez

2018

Canseco war.

Democracia Directa: Das Bündnis hat bei den Nationalwahlen 2016 rund 3% der Stimmen errungen. Hinter dem Bündnis stehen die Asociación Nacional de Fonavistas de los Pueblos del Perú (ANFPP) und die Bewegung Movimiento de Afirmación Social (MAS). Wegen der 5%-Klausel hat das Bündnis keine parlamentarische Vertretung. Repräsentant ist Gregorio Santos, alias „Goyo“. Er ist gewählter Regionalpräsident von Cajamarca für MAS, durfte aber sein Amt nicht antreten. Aus dem Gefängnis heraus hat er für die nationale Präsidentschaft kandidiert. Unter Meldeauflagen und rechtlichen Einschränkungen ist er derzeit auf freiem Fuß.

Juntos por el Peru (JPP): Bündnis aus derzeit 6 linken Parteien, das seit Februar 2018 über eine offizielle Einschreibung ins Wahlregister verfügt. Die Partei Partido Humanista Peruano hat ihre Einschreibung allen zur Verfügung gestellt und die Umbenennung zur Partei JPP vor dem Wahlgericht erreicht. Mitglieder sind Ciudadanos para el Cambio, Fuerza Social, Movimiento por el Socialismo, Partido Humanista Peruano, Partido Comunista del Perú Patria Roja (ehemals Pro-China) und Partido Comunista Peruano (ehemals Pro-Sowjetisch). Aktueller Generalsekretär ist Gonzalo García Núñez. Weitere Vertreter\*innen sind u.a. Yehude Simon, César Barrera, Óscar Ugarte, Carmela Sifuentes, Sigifredo Velásquez, Roberto Sánchez und Shirley Chilet.

Auf regionaler Ebene sind Vladimir Cerrón Rojas, ehemaliger Regionalpräsident von Junin, und der ehemalige Aymara-Führer Walter Aduviri aus Puno in Gesprächen über Bündnisse mit JPP, Nuevo Peru und/oder Gregorio Santos. Aduviri lebt im Untergrund. Er wurde zu 7 Jahren Gefängnis wegen der Unruhen des „Aimarazo“ in 2011 verurteilt. Aimaras hatten gegen das Minenprojekt Santa Ana der Firma Bear Creek Minig protestiert.

Alianza Revolucionaria de America / Partido Aprista Peruano (APRA/PAP): Obwohl die APRA Mitglied der Sozialistischen Internationalen ist, was immer durch peruanische Sozialdemokraten und Sozialisten scharf kritisiert wurde, kann sie nicht zur Linken gezählt werden. Eigentlich gilt sie nur außerhalb Perus, insbesondere in Europa, als politische linke Kraft. Tatsächlich gehört sie zum rechtspopulistischen Spektrum. Bei der Parlamentswahl 2016 erreichte sie trotz eines Bündnisses mit dem rechten Partido Popular Cristiano (PPC) nur noch knapp 6%.

Historisch verstand sich die APRA als antiimperialistische, nationalistische, staats-korporativistisch ausgerichtete revolutionäre Bewegung. Ideologisch hat sie starke Anleihen beim italienischen Faschismus. Ihr legendärer Gründer Victor Haya de la Torre hat in seinen späten Jahren einmal geäußert, seine Vorbilder seien Willy Brandt und Benito Mussolini gewesen. Politisch hat die APRA immer massiv die Linke bekämpft und mit Hilfe ihrer paramilitärischen Gruppe búfalos regelrecht Terror gegen diese ausgeübt. Gegen das reformistische Militärregime von Velasco gebärdete sie sich als Speerspitze der reaktionärsten oligarchischen Interessen. Die Partei gilt als ausgesprochen autoritär und korrupt. Ihr zweimaliger Präsident Alan García, übrigens bei den búfalos politisch sozialisiert, wurde wegen Korruption verfolgt, floh nach Kolumbien und Frankreich und musste sich seit seiner Rückkehr zahlreichen Prozessen stellen. García ist für den Massenmord an 300 Gefangenen Senderistas in Lurigancho und El Frontón während der Tagung der Sozialistischen Internationalen am 19. Juni 1986 in Lima verantwortlich. Der entsetzte Willy Brandt war damals vorzeitig abgereist. Im Rahmen des Korruptionskomplexes Odebrecht wird derzeit gegen García ermittelt.

2018

Die APRA ist in ein besonderes und vielfach missinterpretiertes Phänomen der peruanischen Geschichte. Sie lässt sich nicht in wenigen Zeilen beschreiben.

In der nächsten Ausgabe werde ich differenzierter auf Strategien, Bündnisse, Praxen und die anstehenden Regionalwahlen eingehen.

*Andreas Baumgart*

*(Andreas Baumgart ist seit mehr als 40 Jahren in der Peru-Solidarität aktiv. Er ist Mitglied der Peru Initiative Hamburg und der Informationsstelle Peru e.V. und kooperiert mit beiden linken Gruppen Frente Amplio und Nuevo Peru).*

*Anmerkungen:*

*\*#NiUnaMenos ist ein starkes Kollektiv, das sich gegen Femizide und Gewalt gegen Frauen zur Wehr setzt. 2016 und 2017 konnte das Kollektiv über eine Mio. Frauen (und auch viele Männer) in ganz Peru für Straßenproteste mobilisieren.*

*\* Kult um einen allmächtigen Führer*

*\*Auch die konservativen, populistischen und reaktionären gesellschaftliche Kräfte sind zersplittert und politisch durch unzählige Grüppchen, Parteien und Bündnissen vertreten, die ebenso von Spaltpilz, Auflösungen und Neugründungen betroffen sind. Einzig die APRA konnte sich, trotz einiger linker Abspaltungen, 88 Jahre halten.*

## **10. Venezolanische Flüchtlinge in Peru**

*Auch Südamerika hat seine Flüchtlingskrise: geschätzte 2 bis 4 Millionen Venezolaner haben ihr Land verlassen. Peru gilt als attraktives Zufluchtsland.*

Egal, wie man zur Regierung unter Präsident Maduro steht, viele Menschen verlassen das Land wegen der großen Versorgungskrise in Venezuela.

Nach jüngsten Angaben der Migrationsbehörde leben aktuell über 115.000 Menschen aus Venezuela in Peru. Deren Migrationsroute geht meist über Kolumbien (wo ca. 150.000 geblieben sind) nach Ecuador (wo ca. 230.000 angekommen, aber nicht alle geblieben sind). Einige fahren weiter nach Chile und Argentinien (ca. 27.000 Geflüchtete).

Kolumbianische Medienberichte sprechen von über 500.000 Migranten aus Venezuela. Die Regierung Kolumbiens hat einige tausend Soldaten an die Grenze und besonders an die Haupttroute der Migranten geschickt, um die – nach eigenen Aussagen – chaotischen Verhältnisse dort zu regeln.

Die peruanische Regierung erleichtert es, den venezolanischen Migranten ein Arbeits- oder Flüchtlingsvisum zu erteilen. Dies entspricht der Absicht des Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski, sich in der Region als Anführer der Anti-Maduro-Front zu profilieren.

Die peruanische Bevölkerung reagiert unterschiedlich auf die große Anzahl von venezolanischen Neu-Bürgern. Einige unterstützen die Migranten, andere befürchten, dass die Venezolaner den

## 2018

Peruanern die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Viele Venezolaner haben eine qualifizierte Berufs- oder Universitätsausbildung, sind zuerst aber auf dem informellen Arbeitsmarkt aktiv und stehen dort in Konkurrenz zu gering verdienenden Peruanern. Gerade im Strassenverkauf, in der Gastronomie und im Einzelhandel hört man in Peru immer mehr Migranten mit einem typisch venezolanischen Akzent.

Der Publizist Alberto Adrianzen lenkt den Blick darauf, dass Peru schon immer Menschen aus anderen Ländern aufgenommen hat.

Die Auswirkungen der spanischen Eroberer, die nach heutigen Begriffen Wirtschaftsflüchtlinge, Fremdenlegionäre und unausgebildete Missionare waren, sind bekannt. Später wurden in der Kolonialzeit Sklaven aus Afrika zwangsweise auch nach Peru verschifft. Ab 1849 kamen dann Arbeitskräfte aus China, um unter sklavenähnlichen Bedingungen auf den Vogeldung-Inseln vor der peruanischen Küste den Guano (Dünger) abzubauen. Dazu kamen auch zwangsweise Indigene von der Osterinsel.

Die Menschen aus China (ca. 100.000, meist Männer) wurden von der damaligen Oberschicht (Oligarchie) als minderwertige Rasse behandelt. Zwischen 1899 und 1930 kamen offiziell ca. 25.000 Menschen aus Japan. Diese arbeiteten speziell in der Baumwoll-Produktion, und nicht wenige konnten später Land kaufen und sich in der Baumwoll-Textilproduktion etablieren.

Zu nennen sind auch in dieser Zeit die Wirtschaftsflüchtlinge aus Tirol und Deutschland, die sich bei „Schleusern“ verschuldeten. Sie ließen sich nach vielen Mühen im zentralen Regenwald in Pozuzo oder Villarica nieder, wo sie sich als Spezialisten in Viehzucht und Kaffeeanbau etablierten. Ab 1930 kamen politische Flüchtlinge aus Spanien aufgrund des dortigen Bürgerkrieges nach Peru.

Migranten aus Europa wurden oft offiziell willkommen geheißen, weil rassistisch eingestellte peruanische Regierungen „die Rasse verbessern, sprich ver-weissen“ wollten.

1980 kamen ca. 10.000 Flüchtlinge aus Kuba, wobei die wenigsten davon in Peru blieben.

Peru war aber auch Auswanderungsland: heute leben ca. 10% der peruanischen Bevölkerung im Ausland, die meisten sind während der Krise 1985 – 1995 ausgewandert, nach Europa, USA, und sehr viele auch nach Venezuela.

Fraglich ist, ob der venezolanische Präsident Nicolás Maduro am 13./14. April zum Amerika-Gipfel nach Lima kommen wird. Die peruanische Regierung und die Staatschefs der „Grupo de Lima“ haben Maduro eingeladen – dieser hat jedoch gesagt, er würde, wie auch immer, nach Lima kommen. Der peruanische Staatschef hat für diesen Fall die venezolanischen Migranten zum Protest gegen Maduro aufgerufen.

Und nicht nur Maduro kommt nach Lima, sondern auch Donald Trump. Am 13./14. April wird es in Lima also hoch hergehen!

*Heinz Schulze/Hildegard Willer*

2018

## 11.Hohe Gewaltziffer gegen Frauen und Mädchen

*Eine große Zahl von Vergewaltigungen junger Mädchen und Frauen ist in Peru Gesprächsthema.*

Der Fall der 11-jährigen Jimena aus dem Armenviertel San Juan de Lurigancho (Lima) bewegt viele Menschen in Peru. Sie wurde von einem bekannten Sexualtäter vergewaltigt und anschließend verbrannt. Ein 9-jähriges Mädchen brachte nach einer Vergewaltigung durch ihren Vater in Tacna ein Kind zur Welt. Die Asháninka-Organisation CARE berichtete von sexuellen Übergriffen von Lehrern gegenüber 10/11 jährigen Mädchen in Grundschulen im Regenwald am Ene-Fluss. So könnte man die Beispiele endlos fortführen.

Eine jüngste Studie der Nachrichtenagentur Thomson-Reuters listet Lima an fünfter Stelle der weltweit gefährlichsten Städte für Frauen. Dabei wurde die Gewaltrate, aber auch der Zugang von Frauen zu Bildung und Gesundheit gemessen.

Das peruanische Gesundheitssystem spricht von über 11.000 angezeigten Vergewaltigungen an Mädchen zwischen 9 und 14 Jahren in den Jahren 2011-2016. Die Dunkelziffern sind natürlich viel höher.

Die Diskussionen nach den Ursachen für diese Brutalität sind heftig und kontrovers.

Ein Teil der Kommentare geht in die Richtung, das sei ein Problem der „unteren Schichten“, der frustrierten Männer, die es nicht geschafft hätten, in die „Mittelschicht“ aufzusteigen. Die Premierministerin Aráoz sagt, dass die Ursache in Familien liege, in denen Hunger herrsche, wo das Gehirn der Kinder nicht genügend entwickelt werde und wo – somit – die Gewalt als Normalzustand gelte.

Eine andere „Volksstimme“ sagt: Todesstrafe für alle Vergewaltiger – oder zumindest eine „chemische Kastration“. Marina Navarro, Direktorin von Amnesty International in Peru, lehnt die Forderung nach einer Todesstrafe ab. Das schrecke keinen potentiellen Vergewaltiger ab. Der Staat müsse juristisch agieren und bestrafen, aber keine Vergeltung ausüben.

Zum „Argument“, Peru sei kein Land von Vergewaltigern, kommt das Gegenargument: doch, es gibt mehr Vergewaltiger als Handydiebe oder Drogenverkäufer.

Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

Frauenorganisationen betonen, dass die Ursachen dafür im Machismus liegen. Das heißt, verkürzt gesagt: Diese Machos sehen in ihren (und anderen) Frauen und Kinder ihnen untergeordnete Wesen, die ihre Forderungen gefälligst erfüllen müssen.

Andere Reflexionen machen das System verantwortlich: die vorherrschende neoliberale Ideologie des „Informellen“ im Sinne, dass es keine ethischen Prinzipien zu beachten gelte, dass man nur weiter komme, wenn man über andere hinaufsteige, gelte auch im Umgang von Männern mit Frauen.

Als Überbegriff wird genannt: Machtausübung! Zwei von drei Vergewaltigungen finden entweder durch den Vater, Bruder, Cousin, Onkel oder Großvater statt. Und das nicht nur in Familien der „unteren Schichten“.

2018

In den Polizeistationen haben Anzeigen wegen Vergewaltigungen keine große Priorität und oft machen sich die Polizisten noch über die Frauen lustig... die Frauen seien ja selber Schuld.

Kaum aufgearbeitet werden die systematischen Vergewaltigungen durch das Militär und Terroristen des Leuchtenden Pfads.

Aktuell sind ca. 8.000 Männer wegen sexueller Übergriffe in den peruanischen Gefängnissen.

Die Strafen für Vergewaltiger sind gering: Ein Vergewaltiger von Frauen über 18 Jahren wird weniger hart bestraft als ein Geldfälscher, sagt die bekannte Journalistin Rosa María Palacios.

Nicht zu vergessen: Die (kath.) Kirche und deren Funktionsträger sind kein Vorbild im Umgang mit sexuellen Übergriffen. Bei seinem Besuch im Januar 2018 in Peru fand Papst Franziskus keine klaren Worte gegen sexuelle Übergriffe von Priestern (in Callao, Ayacucho) und Mitgliedern der rechtskatholischen Sekte „Sodalitium Vitae Christianae“. Deren Gründer und ehemaliger Leiter, Luis Fernando Figari, wird verschiedener, auch sexueller Übergriffe gegenüber Jungen, die in der Obhut von Sodalitium waren, beschuldigt.

Ein großer Vorwurf geht an die evangelikalen Religionsgemeinschaften mit ihrer Totalweigerung, das Thema Sexualität mit besonderer Berücksichtigung der Gender-Gerechtigkeit in den Lehrplan der peruanischen Schulen aufzunehmen. Den Evangelikalen wird vorgeworfen, dass sie mit ihrer finanzkräftigen Kampagne „Con mi hijo ne te metas“ („Lass meine Kinder in Ruhe“) dazu beitragen, dass die „Macho-Ideologie“ weiter gestärkt wird; die Kampagne behauptet, wenn an Schulen über Genderfragen informiert werde, dann würden ihre Söhne homosexuell werden,.

Eigene Nachfragen bei peruanischen Freunden und Bekannten ergeben, dass eine verständliche Aufklärung – auch in der Schule – mit einem Schwerpunkt auf Partnerschaft und Achtung voreinander, wichtig ist und dass nicht nur Reproduktionsaspekte behandelt werden.

Und: Diejenigen, die mit der Katholischen Kirche verbunden sind, betonen, dass diese ihre eigenen Verhältnisse auch in diesem Bereich in Ordnung bringen müsse.

Heinz Schulze

## 12. Erster Gerichtshof für Umweltstraftaten

Am 1. April soll in Puerto Maldonado das erste Umweltstrafgericht seine Arbeit aufnehmen.

Behandelt werden unter anderem Fälle von Umweltzerstörung, Entwaldung, illegalem Bergbau – nach abgeschlossenen Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

Dieses Gericht entsteht aufgrund der Verhandlungsergebnisse aus dem „Pakt für Umweltgerechtigkeit in Madre de Dios“. Es kann auf ein bereits bewilligtes Budget zählen und hat Befugnis zur Verurteilung von Umweltvergehen in dieser Region.

In Peru wurde illegaler Bergbau vor kurzem dem Straftatbestand des organisierten Verbrechens

2018

zugeordnet und kann mit Freiheitsstrafen von vier bis acht Jahren geahndet werden; Umweltzerstörung mit vier bis sechs Jahren, in gravierenden Fällen bis sieben Jahren Freiheitsentzug. Menschenhandel in Verbindung mit Umweltzerstörung durch illegalen Bergbau zieht Strafen zwischen zwölf und 20 Jahren nach sich.

Das Gesundheits- und das Umweltministerium berichten, dass in Madre de Dios über 32.000 Hektar Wald durch Quecksilber vernichtet und 50.000 Personen vergiftet worden sind. Die Region führt die Liste des Menschenhandels, speziell von Frauen, in Peru an.

Ein richtiger Schritt für eine Umwelt-Gerichtsbarkeit ist getan. Aber der peruanische Generalbundesanwalt für Umweltdelikte, Julio Guzmán M., weist auf die großen Herausforderungen hin: Es gibt ca. 20.000 Anzeigen wegen Umweltdelikten in Peru, davon ca. 3.000 in der Region Madre de Dios. Ein „dicker Brocken“ ist dabei der Regionalpräsident Luis Otsuka Salazar, gegen den seit 2013 Untersuchungen laufen wegen illegaler Bergwerksaktivitäten und unrechtmäßiger Landzuteilungen. Er bemerkt auch, dass ein Richter auf die gute Vorarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft angewiesen ist. Diese ist in Peru z.T. korrupt oder überlastet. Wenn diese, bewusst oder unbewusst, „schlampen“, muss ein Richter den Angeklagten wegen Mangel an Beweisen freisprechen. Von den 3000 Anzeigen sind aktuell nur 200 bei der Staatsanwaltschaft im Prozess der Vorermittlungen und so brauchen Umweltkriminelle noch wenig Angst vor der Eröffnung eines Gerichtsverfahrens haben.

Anmerkung: Wenn die dort tätigen Richter sich gegen die geballte Front von einflussreichen illegalen Goldproduzenten, Händlern und korrupter Polizei durchsetzen und spürbare Strafen verhängen, könnten die von den verbrecherischen Machenschaften betroffenen Menschen und die Natur etwas aufatmen. Und bisher illegales Gold – ca. 20% des Goldexports aus Peru – käme als „sauberes“ und nicht als „schmutziges“ Gold in den Handel und in die Eheringe.

Heinz Schulze

(Quelle: Crean primer juzgado especializado en protección ambiental, Servindi, 17.2.18; Mongabay – Latam- lamula.p. 26.2.2018, Lima)

### **13. 700 Patente auf überliefertes Wissen erteilt**

Wenn es wirklich durchgesetzt werden kann, ist das eine sehr gute Nachricht. Das Kartell- und Patentamt INDECOPI (Instituto nacional de defensa de la competencia y de la protección de la propiedad intelectual), hat 700 Patente

auf überliefertes Wissen und Formen der Herstellung von Nahrungsmitteln der indigenen Völker der Yanesha, Shawi, Ticuna und Cocoma-Cocamilla (Regionen Pasco und Loreto) erteilt. Damit will INDECOPI die Biopiraterie von überliefertem ökologischem Wissen und spirituellem Reichtum unterbinden. Im Einzelnen geht es um Kenntnisse zur Verarbeitung von Lebensmitteln,

2018

Heilkräutern, Färbemitteln etc.

Der peruanische Staat bezieht sich hierbei auf die Internationale Konvention zum Schutz der Biologischen Vielfalt.

So verhinderte INDECOPI z.B. den Versuch der Firma Alleso Business Group International aus Taiwan, den Gebrauch der Heilpflanze Tara für sich zu patentieren, die von den Völkern des Amazonas-Gebietes traditionell genutzt wird. Im Jahre 2016 ging es um die Verhinderung einer Patentierungsanfrage einer asiatischen Firma zur Nutzung der Sacha Inchi.

(aus: *actualidad – noticias, Lima, 31.1.2018*)

---

## VERANSTALTUNGEN

- Goldkronach b. Bayreuth,

Freitag, 16.03.2018, 19.30 Uhr,

"Einmal Goldkronach, peruanische Anden und zurück:  
was es mit dem Gold hier und dort auf sich hat"

Vortrag und Diskussion: Dr. Hartmut Heidenreich, Kampagne Bergwerk Peru

Ort: Meister Bär's Hotel

- München

Samstag, 17.03.2018, 19 Uhr

"Gemeinsam für die Bauern und indigenen Gemeinden der Anden"

Vortrag und Gespräch/ Charla y Discusión

mit **Valerio Paucarmayta Tacuri**,

Direktor des „Centro Bartolomé de Las Casas“ in Cuzco

Ort: Hansa-Haus / KKV Hansa München, Brienner Str. 39, 80333 München

Veranstalter: Asociación Cultural Peruana Chasqui e. V.

2018

- Berlin

Montag, 19. März, 2018, ab 19:00 Uhr

**Stammtisch der Berliner Ortsgruppe der Infostelle Peru**

Restaurant Merhaba, Greifswalder Str. 4 a, 10405 Berlin (Prenzlauer Berg)

ÖPNV: Tram M 4, Bus 200 jeweils bis Am Friedrichshain.

Info: mlesna@posteo.de

• Köln

Freitag, 27. - Sonntag, 29. April 2018

Peru-Seminar „Indigene Rechte“

Tagungshaus St. Georg, Rolandstr. 61, Köln

Infos und Anmeldung: Jimi Merk, merk@infostelle-peru.de

Programm: <http://www.infostelle-peru.de/web/wp-content/uploads/2018/01/AusschrPeruSem0418-flyer.pdf>

*Sie können den Newsletter bestellen über die Website der*

*Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)*

*Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an*

*[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)*

*Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen*

*Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.*

## 2018

*Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.*

